

Wochentlich 50 Pf., monatlich 1,50 M. im voraus zahlbar. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konpareille ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65

Heute Streikbeginn!

Abwehrkampf der Berliner Metallarbeiter.

Nachdem die Abstimmung in den BWM-Betrieben die notwendige Dreiviertelmehrheit für den Streik ergeben hat, beschloß das Metallkartell in seiner Sitzung vom Dienstag, daß ab heute, Mittwoch früh, sämtliche dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossenen Betriebe in den Streik treten.

Klar zum Gefecht!

Im Laufe des gestrigen Tages wurde das endgültige Resultat der Abstimmung bekannt. Von den 126 185 in den Betrieben des BWM-Beschäftigten (ausschließlich der Lehrlinge) haben sich 106 433 Arbeiter und Arbeiterinnen an der Abstimmung beteiligt.

für den Streik 90 590 Stimmen, für Annahme des Schiedspruchs 15 834 Stimmen.

Auf Grund dieses Abstimmungsergebnisses beschloß gestern vormittag das Metallkartell, ab Mittwoch früh alle BWM-Betriebe zu bestreiken.

Gestern abend trat im Hause der BWM-Ortsverwaltung noch einmal eine Konferenz der Obleute aus den Metallbetrieben zusammen. Das vom Genossen Ulrich mitgeteilte Endergebnis der Abstimmung und der Streikbeschluss des Metallkartells wurden von den Funktionären mit stürmischen Bravo-Rufen aufgenommen.

In jedem Betrieb haben die Streikenden eine Streikleitung zu bilden und bis zehn Uhr vormittags an das Büro der Berliner BWM-Ortsverwaltung Bericht über den Beginn des Streiks zu erstatten. Des Weiteren sind die Verbandsmitgliedsbücher einzusammeln.

Voraussichtlich werden die Obleute erstmalig am Donnerstag zusammentreten, wenn nötig, auch schon am Mittwoch. Vorläufig sollen von dem Streik ausgenommen bleiben lediglich die über 60 Jahre alten Arbeiter und die Kriegesbeschädigten.

Damit waren die letzten Anweisungen für den Streik gegeben. In glänzender Kampfstimmung begaben sich die Obleute an ihre Posten.

Der Kampf beginnt. Die Unternehmer haben ihn gewollt. Sie haben darauf spekuliert, daß die Arbeiterschaft in der Zeit der Krise geschwächt sei und nicht kämpfen werde. Sie haben übermäßige und herrschsüchtige Forderungen gestellt. Sie haben für die Abschaffung des Lohnabbaues die Hilfe der staatlichen Schlichtungsinstanz gefunden. Aber sie haben sich dennoch verrechnet!

Die Scharmacher vom Verein Berliner Metallindustrieller waren gewarnt. Die Vertreter des Metallkartells haben ihnen angekündigt, daß die Berliner Metallarbeiter nicht einen Bruchteil eines Pfennigs Lohnabbau kampflos hinhinnehmen würden. Die Unternehmer sind über diese Ankündigung hinweggegangen. Nun haben sie den Kampf!

Die Berliner Metallarbeiter verteidigen ihre Lebenshaltung gegen einen Angriff brutaler Unternehmerwillkür. Sie führen

diesen Kampf nicht für sich allein. Sie kämpfen, um den ersten großen Stoß der großen Lohnabbauoffensive des deutschen Unternehmertums abzuwehren. Die Berliner Metallarbeiter sind dem Rufe ihrer Gewerkschaft gefolgt. Sie werden diesen Kampf in voller Solidarität führen, nach den Anweisungen ihrer Gewerkschaften.

Der Streik wird das wirtschaftliche Leben der Reichshauptstadt tief erschüttern. Handel und Gewerbe, das gesamte Wirtschaftsleben der Stadt werden die Einengung des Konsums der streikenden Metallarbeiter verspüren. Die städtischen Finanzen werden durch die Auswirkungen des Streiks sehr schwer berührt werden. Die wirtschaftliche Unsicherheit, die er hervorrufen wird, läßt sich nicht absehen.

Das alles haben die Unternehmer gewollt! Das ist der Preis, den sie die Allgemeinheit für ihren Nachtwilen zahlen lassen wollen!

Der Ausbruch dieser großen offenen klassenmäßigen Auseinandersetzung stellt die Reichsregierung vor ernste politische Entscheidungen. Die Arbeiterschaft ist die festeste Stütze der Republik und der Verfassung. Sie ist die große organisierte politische Kraft, auf der das republikanische Staatswesen ruht, das stärkste Gegengewicht gegen alle gegen das Verfassungsrecht gerichteten Kräfte. Die Staatsgewalt steht vor der Entscheidung, ob sie eine Unternehmerraktion begünstigen will, die den festesten Stützen des Rechts und der Verfassung das Brot vom Munde wegnehmen will und sie in einen verzweifeltsten Kampf um ihre Lebenshaltung hineingetrieben hat — oder ob sie in diesem Kampfe vermittelnd zwischen die Parteien treten will. Die politische Lage ist gespannt genug, und es sind Fensterscheiben genug zerbrochen! An der Regierung liegt es, ob sie in dieser Situation zu den krisenhaften wirtschaftlichen Auswirkungen des Streiks auch noch krisenhaft politische Folgen hinzufügen will!

Eine Verbindlichkeitsklärung des Lohnabbauschiedspruchs würde von den kämpfenden Metallarbeitern als eine Parteinahme der Regierung

für das Unternehmertum empfunden werden. Die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs würde keine Lösung des Konflikts bedeuten — nur eine Verschärfung und Komplizierung der Gegensätze. Die Berliner Metallarbeiter kämpfen um die Beseitigung dieses Schiedspruchs. Sie kämpfen um einen neuen Vertrag, der ihren Forderungen gerecht wird. Sie wollen neue Verhandlungen — jedoch nicht auf der Grundlage des im Schiedspruch enthaltenen Lohnabbaues.

Eine Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruchs würde den Weg zu dieser Lösung des Konflikts nur verschließen.

Die Berliner Metallarbeiter nehmen mit diesem Kampf große Opfer auf sich. Der Wert der gewerkschaftlichen Organisation wird in den Tagen des Kampfes den Arbeitern deutlich vor Augen treten. Die Gewerkschaftsmitglieder werden in der Kampfzeit den vollen Schutz ihrer gewerkschaftlichen Organisation erfahren.

Das Metallkartell ruft die Berliner Metallarbeiter zum Abwehrkampf auf. Nun gilt es, gemeinsam den Anweisungen der gewerkschaftlichen Organisationen zu folgen! Ein harter Kampf steht bevor. Unter der Führung des Metallkartells tritt die Berliner Metallarbeitergewerkschaft in den Kampf. Kein geordneter Kampf ohne Führung und ohne Vertrauen zur Führung!

Ein Höchstmaß gewerkschaftlichen Opferwillens und gewerkschaftlicher Disziplin ist erforderlich, um diesen Kampf zum erfolgreichen Ende zu führen.

Auf zum Abwehrkampf! Folgt den Parolen der gewerkschaftlichen Führung. Sorgt für geschlossene Gewerkschaftsdisziplin!

Zur Vorgeschichte.

Am 30. August kündigte der Verband Berliner Metallindustrieller den Lohnarbeitsvertrag zum 1. Oktober, ohne Angabe von Gründen. Dieser Kündigung war im Juli der Angriff gegen die Gehälter der Angestellten zur „Unkostenlenkung“ vorausgegangen. Nach der Kündigung lebten die

Scholz gegen Löbe.

Reichstagspräsidentenwahl als politische Kraftprobe.

Der Alterspräsident Herold hatte gestern die Parteiführer zu einer Besprechung über die Präsidentenwahl geladen. Es kam zu keiner Einigung.

Löbe hat, abgesehen von dem kurzen und wenig glücklichen Interregnum Ballraf, die Reichstagsverhandlungen seit 10 Jahren geleitet. Niemand bestreitet seine hervorragende Eignung zu diesem Amt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einstimmig beschlossen, ihn wieder zu kandidieren. Sie kann den Platz für sich in Anspruch nehmen nicht nur nach parlamentarischem Gewohnheitsrecht, sondern auch nach § 9 der Geschäftsordnung, der den Fraktionen im Verhältnis zu ihrer Stärke Anteil am Vorstand des Reichstags sichert. Dieser Anspruch ist vom Zentrum einstimmig anerkannt worden, die Bayerische Volkspartei hat sich dem angeschlossen.

Wenn trotz alledem der Kandidatur Löbe eine Kampfkandidatur Scholz entgegengestellt wird, so beweist das die Absicht der Rechten, einschließlich der Volkspartei, die großen politischen Entscheidungen gleich bei der Reichstagspräsidentenwahl vorweg zu nehmen. Herr Scholz ist weniger Kandidat der Volkspartei, die mit ihren 30 Mann ja nicht allzuviel mehr zu melden hat, als Kandidat der Nationalsozialisten.

Die Virtuosen der Trillerpfeife haben gestern bei Herold erklärt, die Wahlen hätten eine „antimarxistische Mehrheit“ ergeben, also müsse auch ein „antimarxistischer Präsident“ gewählt werden, wie zum Beispiel der Vorsitzende der ge-

wis zuverlässig-antimarxistischen Aufsichtsratspartei Herr Scholz.

Herr Scholz ist der Kandidat der antimarxistischen Konzentration unter Führung der Nationalsozialistischen Partei. Seine Kandidatur ist zugleich eine ausgesprochene Kampfhandlung gegen die Regierung Brüning, unternommen von einer Regierungspartei, unterstützt vielleicht auch von anderen Regierungsparteien.

Hie Löbe, hie Scholz — das ist eine politische Kraftprobe, die erste im neuen Reichstag. Und bei dieser ersten Kraftprobe wird, wenn nicht noch irgendein Wunder geschieht, der schwache Regierungsblock auseinanderbrechen und seine Teile werden gegeneinander stehen.

Ginge es um eine sachliche Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung, so könnte man das noch verstehen. Es gibt aber gegen die Wiederwahl Löbes keinen sachlichen Grund, sondern es gibt nur eine Absicht, die Sozialdemokratie zu provozieren und jedes Zusammenarbeiten zwischen ihr und Parteien der bürgerlichen Mitte unmöglich zu machen. Auf diese Weise hofft man, schließlich auch das Zentrum in eine antimarxistische Rechtskoalition unter maßgebender Beteiligung der Nationalsozialisten hineinzwingen zu können.

Von da bis zu deutschen Reichsministern, die höchstpersönlich auf die Straße gehen, um den Juden die Fenster einzuschmeißen, wird dann nur noch ein kleiner Schritt sein.

Das ist die prinzipielle Bedeutung der Entscheidung zwischen Löbe und Scholz.

Metallindustriellen alle Forderungen der Metallarbeiter zur Verbesserung des Tarifvertrages ab.

Der „Vorwärts“ schrieb zu dieser Kündigung am 31. August:

„Durch das Vorgehen des Verbandes Berliner Metallindustrieller kann es . . . in Berlin zu einem Arbeitskampf kommen, wie er hier seit Jahren nicht mehr geführt wurde.“

Dieser Kampf ist jetzt da und wird trotz der riesigen Arbeitslosigkeit mit dem letzten Kampfmittel der Arbeiterschaft, dem Streik, geführt.

Der Streik ist ein Abwehrkampf.

Nach erfolgter Kündigung des Lohnvertrages ersuchte die Dienstverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes den B.M.A. um die Festlegung eines Verhandlungstermines und um Mitteilung des Kündigungsgrundes. Der B.M.A. teilte daraufhin mit, daß er nicht in der Lage sei, noch vor der zweiten Septemberhälfte Verhandlungen anzusehen; offenbar mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen.

Als Verhandlungstermin wurde der 19. September festgesetzt, ohne daß der B.M.A. den im Metalltariff verbundenen Gewerkschaften als Tarifkontrahent seine Abänderungsanträge mitgeteilt hätte.

Im Verhandlungstermin mußte der B.M.A. angeben, was er mit seiner Kündigung beabsichtigte. Durch den Generaldirektor Kremmner ließ er verkünden, daß die Metallindustriellen eine Kürzung der Tariflöhne um 15 Proz.

herbeiführen wollen. Die Löhne müßten im ganzen Reihe abgebaut werden. Bei den jetzigen hohen Löhnen von 1,12 M. für den qualifizierten Facharbeiter könnten die Berliner Metallindustriellen ihre Betriebe nicht mehr aufrechterhalten. Die Unternehmungen der Berliner Metallindustrie würden von den Unkosten, in erster Linie von den Löhnen und Gehältern, förmlich aufgezehrt.

Die Verschlechterung der Tariflöhne um 15 Proz. werde sich für die Berliner Metallarbeiter sehr ungünstig auswirken — durch die bald darauf einsetzende Belegung der Wirtschaft.

Jedenfalls könnten die Berliner Metallindustriellen von der Forderung eines fünfzehnprozentigen Lohnabbaues nichts abhandeln lassen. Von Rechtswegen hätten sie einen Abbau um 20 Proz. fordern müssen und nur davon Abstand genommen, weil das nicht auf einmal gehe.

Die Metallindustriellen hätten lange genug den Mund gespielt, jetzt müsse auch einmal gespiffen werden.

Die Metallarbeiter forderten dagegen eine Erhöhung des Tariflohnes der Facharbeiter von 1,12 auf 1,20 Mark, und eine Erhöhung der übrigen Löhne im gleichen Verhältnis. Die Frauenlöhne seien auf 85 Proz. — bisher 70 Proz. — der Männerlöhne festzusetzen.

Urich warnte die Unternehmer: Ueberheizen Sie den Kessel nicht. Wir werden nicht ein Schmelz Pfennig Lohnabbau kampflos hinnehmen. Biegen oder brechen! . . . Die Verhandlungen drohten aufzukleben. Da machte Bredow den Vorschlag,

die wöchentliche Arbeitszeit auf 40 Stunden zu verkürzen.

wenn den Unternehmern daran gelegen sei, das Arbeitslosenproblem zu lösen.

Die Vertreter der Unternehmer ersuchten die Gewerkschaftsvertreter, diesen Vorschlag zu präzisieren, damit er als Grundlage für neue Verhandlungen gelten könne.

Die neuen Verhandlungen wurden am Dienstag, dem 23. September, geführt. Generaldirektor Dr. Köttgen vom Siemenskonzern trat als Verhandlungsführer der Metallindustriellen auf. Er lehnte den Vorschlag auf Verkürzung der Arbeitszeit ab mit der Begründung, die damit bezweckte Einstellung von Arbeitslosen sei mit erhöhten Aufwendungen verbunden und führe nicht zur Senkung der Unkosten. Die Abkehr der Unternehmer, das Unkostenkonto beträchtlich zu verringern, könne auf diesem Wege nicht verwirklicht werden. Das Streben der Berliner Metallindustriellen gehe dahin, unter Beibehaltung der 48stündigen Arbeitswoche möglichst viele Arbeitslose in die Betriebe aufzunehmen. Dr. Köttgen wiederholte, was Generaldirektor Kremmner bereits betont hatte,

daß die Löhne und Gehälter nicht nur in der Berliner Metallindustrie, sondern im ganzen Reich abgebaut werden müßten.

Die Verhandlungen wurden abermals vertagt, und zwar auf Dienstag, den 30. September. Diese letzten Verhandlungen scheiterten, da die Unternehmer es ablehnten, die Arbeitszeit zu verkürzen, und auf ihrer Forderung bestanden: sämtliche Tariflöhne um 15 Proz. zu verkürzen.

Am 1. Oktober griff der Reichsarbeitsminister Stegerwald ein. Auf Antrag der Unternehmer übergab er den zuständigen Schlichter Wiffel und

setzte einen Sonderrichter ein in der Person von Dr. Bisker, Vortragender Rat im Bremer Senat.

Die „D.Z.“, das Berliner Organ der Industriellen, begrüßte diese Berufung mit dem Bemerkten, es müsse als selbstverständlich betrachtet werden, daß der Schlichter den Notwendigkeiten der Stunde Rechnung trägt und die Lohnherabsetzung durchsetzt.

Die Verhandlungen in der Schlichtungskammer am 3. Oktober wurden nach fünfständiger Dauer bis spätestens 9. Oktober vertagt, weil der Sonderrichter erklärte, er habe noch kein genaues Bild gewonnen.

Der Schlichter nahm mit den Beisitzern der Schlichtungskammer Betriebsbesichtigungen vor. Die Gewerkschaften protestierten gegen die Verschleppung der Verhandlungen, die dann am 11. Oktober vor sich gingen.

Der Entscheidung des Reichsgerichts im Nordwestkonflikt folgend, vermahnt es der Sonderrichter, selber zu entscheiden. Er entschied mit den Stimmen der Unternehmervertreter: ab 3. November werden die Tarifmindestlöhne der über 18 Jahre alten Arbeiter um 8 Proz. gekürzt, die der Jugendlichen und der Arbeiterinnen um 6 Proz. Am Sonnabendmittag 12 Uhr läuft die Erklärungsfrist ab.

Die Unternehmer werden den Schlichterspruch annehmen und die Verbindlichkeitsklärung beantragen. Die Metallarbeiter antworten mit dem Abwehrstreik.

Die Nazis vor dem Schnellrichter.

Der Staatsanwalt fordert erhebliche Gefängnisstrafen.

Nach einer Beweisaufnahme, die sich bis 11 Uhr hinzog, ergriff Staatsanwaltschaftsleiter Dr. Fischer das Wort zu seiner Anklage, in der er betonte, daß die Ausschreitungen mit Recht die Empörung der Berliner Bevölkerung hervorgerufen hätten und daß keine Milde gegen die Angeklagten angebracht sei, die er auf Grund der Zeugenaussagen fast alle für überführt hielt.

Er beantragte gegen die Angeklagten Arenz, Konstantin, Kühnemund eine Gefängnisstrafe von einem Jahr zwei Monaten wegen Landfriedensbruchs und Verletzung der Bannmeile, gegen den Angeklagten Stelmacher wegen der gleichen Delikte ein Jahr Gefängnis.

Die Strafen gegen die anderen Angeklagten bewegten sich gleichfalls zwischen zwei Monaten bis neun Monaten Gefängnis, und zwar war hier Bannkreisverletzung, Widerstand bzw. Uebertretung der polizeilichen Vorschriften als erwiesen angesehen.

Gegen den Kaufmann von Eisenhardt-Rothe beantragte er zwei Wochen Gefängnis wegen Beamtenebeleidigung, wobei er betonte, daß in derart aufgeregten Zeiten das schwierige Amt der Polizei nicht noch erschwert werden dürfe. Außerdem beantragte der Staatsanwalt gegen neun Angeklagte angesichts der hohen Strafen Erlass eines Haftbefehls. Lediglich gegen drei der Angeklagten ließ der Staatsanwalt die Anklage fallen und verlangte Freisprechung. Einer der Angeklagten, ein Nationalsozialist Bartold, nahm den Antrag des Staatsanwalts mit dem Ruf „Heil Hitler“ und dem Fauststempel auf.

(Siehe auch 1. Beilage.)

Die ausgeliehene Freifahrtkarte.

Der falsche Lohse und der braunschweigische Ministerpräsident.

Die Affäre des braunschweigischen Hakenkreuzministerpräsidenten Dr. Franzen wird nicht nur die Strafverfolgungsbehörden, sondern noch einige andere Behörden in Tätigkeit versetzen müssen.

Herr Franzen hat sich der Begünstigung schuldig gemacht. Es ist nicht der mindeste Zweifel, daß er als Komplize des falschen Lohse gehandelt hat. Er ist auf dessen Wunsch gekommen, er hat wider besseres Wissen ihn als Lohse legitimiert, er hat mit voller Autorität als braunschweigischer Ministerpräsident auf die Polizeibeamten eingewirkt, damit sie den falschen Lohse frei ließen, und erst, als der Schwindel mißlang und der falsche Lohse in Haft blieb, wurde Herr Franzen kleinlaut!

Wir sind gespannt, wie sich Herr Franzen im braunschweigischen Landtag verantworten wird!

Vor allem aber: der echte Lohse ist Gausekretär der Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein. Wie kommt der Gutsbesitzer Guth aus Schleswig-Holstein zur Eisenbahnfahrkarte des Abgeordneten Lohse? Werden auf nationalsozialistischen Gaubüros die Freifahrtkarten der Abgeordneten ausgeliehen?

Herr Gaebhels hat sich einmal sehr offenherzig über die Bedeutung der Freifahrtkarten für die nationalsozialistischen Organisationen ausgesprochen. Der Fall Guth-Franzen-Lohse liefert eine sehr interessante Illustration zu diesen freimütigen Äußerungen.

Die Berliner Schutzpolizisten haben sich die Karte des falschen Lohse genau angesehen. Es wäre empfehlenswert, wenn auch auf der Reichsbahn die gleiche Aufmerksamkeit geübt würde!

Faule Ausreden von Franzen.

Der braunschweigische Staatsminister Dr. Franzen veröffentlicht eine Darstellung, in der es heißt:

„Am Montagabend gegen 10 Uhr wurde ich im Restaurant Bayernhof in der Potsdamer Straße von der Polizeiwache Pots-

damer Bahnhof angerufen. Mir wurde mitgeteilt, daß eine Person auf der Wache sei, die sich wegen ihrer Legitimation auf mich berufe. Man fragte mich, ob ich nicht kurz einmal herüberkommen wolle. Ich leistete dieser Aufforderung Folge und fand auf der Wache den mir aus Schleswig-Holstein bekannten etwa 24jährigen Bandwirt Guth vor. Ich wurde gefragt, ob ich diesen Herrn kenne. Dies bejahte ich. Darauf legte mir ein Polizeibeamter eine Abgeordnetenkarte des preussischen Landtags-Abgeordneten Lohse sowie eine Photographie des Guth vor, und fragte mich, ob diese beiden Personen identisch seien. Da beide ganz offensichtlich durchaus unähnlich waren, erwiderte ich, man möge das doch selbst aus den Bildern feststellen. Da ich über den Sachverhalt nicht im geringsten unterrichtet war, fragte ich, was denn überhaupt gegen den Mann vorliege. Der Beamte erwiderte, es sei weiter nichts von Belang, es handle sich nur darum, wer der Mann sei; wenn ich erklären könne, es sei der Abgeordnete Lohse, dann sei die Sache in Ordnung, und der Mann werde entlassen werden. Ich habe diese Erklärung nicht abgegeben, sondern mich auf die Frage überhaupt nicht geäußert, zumal zu irgendwelchen Erklärungen gegenüber der Polizei keinerlei Verpflichtung bestand.

Nummehr betrat ein Polizeioffizier den Wachraum, ließ sich den Sachverhalt vortragen und ordnete an, daß der Mann auf jeden Fall der Abteilung IA des Polizeipräsidiums vorzuführen sei. Jetzt wurde mir klar, daß gegen Guth etwas Tristiges vorliegen müsse und ich erklärte nunmehr dem Polizeibeamten unter vier Augen, es handle sich nicht um den Abgeordneten Lohse, sondern um den Bandwirt Guth aus Schleswig-Holstein, der mit dem nicht ihm gehörenden Ausweis offenbar eine Dummheit gemacht habe.“

Rebellion der Fenstereinschmeißer.

Die SA-Leute stellen neue Forderungen.

Die Presse der Rechten bemüht sich, die Schuld an den Krawallen in der Leipziger Straße von den Nationalsozialisten abzumwälzen. Sie verfährt dabei ebenso dumm dreist wie einer der in der Leipziger Straße Verhafteten. Der erzählte, er sei eigentlich ganz wider seinen Willen vom Reichstag bis zu Wertheim mitgezogen worden. Nur aus Aufregung habe er mit dem Stock geschlagen, und nur ganz zufällig habe der Stock in eine Fensterscheibe geknallt, und im übrigen wäre die Scheibe schon vorher entzwei gewesen.

Die dummen Lügen sind gepaart mit Angriffen auf die Polizei. In einem Atemzuge wird ihr vorgeworfen, daß sie brutal gewesen sei und daß sie überhaupt nicht zur Stelle gewesen sei!

Die kläglichen Roslagen dienen dem Zweck, die Verantwortung der Nationalsozialistischen Partei für die eingeschlagenen Fensterscheiben zu vernebeln. Die Berliner Gauzeitung der Nationalsozialisten erläßt Erklärung auf Erklärung.

Latzsche ist, daß die SA geführt von Herrn Stenke — der nicht M. d. R. geworden ist — und verführt durch aussergewöhnlichen Zusag, demonstriert hat. Latzsche ist, daß sie den Krawall in der Stadt organisiert hat.

Am Dienstagabend war die SA in ihren Stammtischen verammelt. Die Berliner Gauzeitung reiste nach Lokal zu Lokal, um wieder einmal um gut Wetter zu bitten. Die SA-Leute sind erregt, weil ihre Organisation verschwinden soll, sie wollen es sich nicht gefallen lassen, daß sie von denen öffentlich verleugnet werden, für die sie Fensterscheiben eingeschlagen haben, und sie haben deswegen eine Reihe neuer Forderungen gestellt.

Unter anderem verlangen sie den Mandatsverzicht mehrerer nationalsozialistischer Reichstagsabgeordneter. Die ausgesprochenen SA-Abgeordneten in der nationalsozialistischen Fraktion unterstützen diese Forderungen.

Deutschlands schwarzer Montag.

Wie das Ausland über unsere Zustände urteilt.

Paris, 14. Oktober. (Eigener Bericht.)

Es ist schwer, den Eindruck, den die Ereignisse in der Reichshauptstadt am Montag im Ausland hinterlassen haben, in Worte zu fassen. Er ist katastrophal und droht Deutschland um den Rest von Kredit zu bringen, der ihm nach der verhängnisvollen Entwicklung der Dinge seit dem 14. September noch geblieben war.

Man war in Paris nach den Ankündigungen der nationalsozialistischen und kommunistischen Blätter darauf gefaßt, daß die Oppositionsparteien der äußersten Rechten und Linken nichts unversucht lassen würden, um gleich in der ersten Sitzung den Beweis zu erbringen, daß vom Reichstag in seiner neuen Zusammensetzung positive Arbeit nicht zu erwarten ist. Die Karnevalsparade aber, in der sich die 107 Mann von Hitlers Gnaden gefielen, und ihre Fortsetzung auf der Straße in Form antisemitischer Ausschreitungen haben selbst die schlimmsten Erwartungen hinter sich gelassen. Man wird sich danach kaum mindern dürfen, wenn die Pariser Presse, die sich gerade in den letzten Wochen der Entwicklung in Deutschland gegenüber größter Objektivität befleißigt hat, die Montag-Ereignisse als ein „barbarisches Schauspiel“ bezeichnet, das

eines großen Kulturvolkes wie Deutschland unwürdig

sei. Die greifbarsten Folgen der neuen Brandstiftung im Auslande werden sicher nicht auf sich warten lassen und der Wunsch, den Reichskanzler Brüning in einem Interview in der „Solonia“ ausgesprochen hat, daß Frankreich nicht bei jeder Alarmierung sofort seine Kreditbrille zurücklegen solle, wird wohl ohne

jeden Erfolg bleiben. Die nationalstische „Liberte“ schreibt z. B. ironisch, daß den französischen Zeichnern der Young-Anleihe bei der Vektüre der Meldungen über die Ausschreitungen in Berlin wohl einige Schauer den Rücken herabgelaufen sein müßten. Schon jetzt hätten sie nämlich, bevor sie den ersten Kupon ausbezahlt bekommen hätten, durch den Kurssturz der Anleihe 13 Proz. ihres gezeichneten Kapitals verloren.

Die Ereignisse, schreibt der „Temps“, würden als schwere Schuld auf Brüning lasten bleiben. Brüning habe sich den Störenfrieden gegenüber viel zu entgegenkommend gezeigt. Die Politik der Regierung Brüning, die nie im Reichstag und noch weniger im Lande eine Mehrheit hinter sich gehabt habe, habe nur die schlimmsten Abenteuerer und die übelsten politischen Freibeuter begünstigt. Bezeichnend genug sei es auch gewesen, fährt der „Temps“ fort, daß am Montag in der ersten Reichstags-Sitzung die Regierungsbänke leergeblieben seien, ein deutliches Symbol für die Passivität der Regierung gegenüber der reaktionären Gefahr. Wenn man dazu aber auch noch sehe, wie die gemäßigten Parteien sich in egoistischen Zänkereien erschöpfen, ohne sich über die dringlichsten Abwehrmaßnahmen einigen zu können, wenn man sehe, wie die Volkspartei veruche, ihren Führer Schulz dem bisherigen Reichstagspräsidenten Lohse entgegenzusetzen, dann könne man nur erklären, daß die

Bewertung in Deutschland auf ihrem Gipfel

sei. Die Volkspartei scheine auch nicht einen Augenblick daran zu denken, daß es der SPD, nach einer Niederlage Lohses unmöglich sein müßte, die Finanzreform Brünings zu unterstützen. Man habe also allen Grund, der weiteren Entwicklung in Deutschland mit äußerster Wachsamkeit zu folgen, denn es gehe um nichts Geringeres als um die Aufrechterhaltung der Ordnung und des Friedens.

Unraths Schüler. Nazisoldaten mit Pennälerfeile.

In Heinrich Manns Roman „Professor Unrath“, durch die Tonverfälschung weiten Volkskreisen bekannt, haben die Sekundaner eine Methode herausgebildet, strafflos ihren Lehrer zu verhöhnen: sie melden mit Unschuldsinn: „Hier riecht es nach Unrat“, und wer will ihnen dann beweisen, daß sie mit „Unrat“ den Spitznamen des Professors gemeint haben!

Vom Schlage dieser Pennäler, die den Lehrer ärgern, aber sich vor der Strafe fürchten, sind die nationalsozialistischen Kadaver und Schimpfhelden, gleichgültig, ob es sich um wirkliche Gymnasiasten und Studenten oder um deren jesuitischen Erzieher handelt. Die Republik zu beschimpfen, Minister zu verhöhnen, die Polizei zu zeigen, Scheiben einzuschlagen und sonstigen Stempel zu verüben — das gilt ihnen als ein Fest. Aber Hauptsache bleibt: sich nicht erwischen lassen!

Unter den 107 Charakterhelden, die jetzt im Brautkleid den Reichstag zieren, befindet sich auch der ehemalige Leutnant Heines. Herr Heines nennt sich in seinen öffentlichen Ankündigungen stolz und pronotatorisch „Jememörder Heines“. Aber er prunkt erst ganz neuerdings mit seiner Tat, seitdem ihm nämlich strafrechtliche Folgen daraus nicht mehr erwachsen können. Solange diese drohten, hat Herr Heines klein und elckhaft geschwindelt. Sein Charakter langte zwar dazu, einen wehrlosen Menschen auf unbegründeten Verdacht hin meuchlings zu erschließen, aber keinesfalls sich mutig zu dieser Tat zu bekennen. Welch Unterschied zwischen dem antisozialistischen Attentäter auf den italienischen Kronprinzen, der sich ruhig verhalten ließ und vor Gericht zu seiner Tat stand, und Herrn Heines, der den von ihm Gemeuchelten bei Nacht und Nebel verscharrte und sich vor Gericht auf den berühmten „Fluchterfisch“ herauszureden suchte. Jetzt, nachdem die — sehr milde — Strafe ausstanden ist, öffentlich als „Jememörder“ aufzutreten, dazu gehört wahrlich weder Mut noch Überzeugungstreue.

Aber das ist das Normalverhalten. Genau dasselbe erleben wir dieser Tage bei den Schaufensterattentätern der Leipziger Straße. Man hat den Ueberfall organisiert, die Scheiben bombardiert, vor sich selbst mit der Tat renommirt — aber vor der Polizei ist man schleunigst ausgekniffen, und öffentlich zu ihrer Tat zu stehen, das fällt der Meute erst recht nicht ein.

Kindisch und erbärmlich suchen ihre publizistischen Helfershelfer vom Hugenbergbau die Schuld auf „kommunistische Brocolateure“ abzumwälzen. „Ich bins nicht gewesen, Herr Lehrer, ich habe ganz wo anders hingesehen.“ Nicht das bescheidenste Beweismaterial für diese Behauptung ist bei der Hand. Das eine Mal soll es ein besonderes Kennzeichen der Kommunisten sein, die Scheiben von Wertheim, aber nicht jene von Tisch einzuschlagen, das andere Mal sollen Angestellte des Hauses Wertheim genau erkannt haben, daß die „Deutschland erwache!“ rufenden halbwüchsigen Kommunisten gewesen seien — woran, wieja, wodurch? Daß sich bei den Festgenommenen — nach nationalsozialistischer Angabe — 60 Proz. organisierte Nationalsozialisten befinden, ist für die nationalsozialistische Leitung ein Beweis gegen den nationalsozialistischen Ursprung der Erzeile!

Natürlich soll auch die Polizei an der Sache schuld sein, in Folge ihrer „irrsinnigen Brut und Kerosität“, die Polizei, die — leider, leider! — erst 20 Minuten nach der Tat zur Stelle war! Oder wollen die deutschnationalen Geisteserkrankten der Nazis es als unglückliche Folge eines Zusammenstoßes zwischen Polizei und Demonstranten am Platz der Republik bezeichnen, wenn Leipziger Ecke Wappelerstraße, fast zwei Kilometer entfernt, die Scheiben klirren? Wertmüdig: wenn bei den Firmen Wertheim, Bud u. Lochmann, Büsen-Cohn, Lies, Adam, Grünfeld, Behrendt usw. die Scheiben eingeworfen werden, dann sind die Kommunisten, dann ist die Polizei daran schuld, nur die Nationalsozialisten, die jahrelang gegen Warenhäuser und gegen jüdische Geschäfte gehetzt haben, stehen außerhalb jeden Verdachtes!

So wiederholt die Nationalsozialistische Partei in ihrer Gesamtheit das köstliche Schauspiel, das ihre einzelnen Mitglieder vor dem Schnellrichter boten: sie wollen gar nichts Böses beachtlich haben und nur wider Willen in die Sache hineingekommen sein. Und wenn einer dabei beobachtet wurde, wie er mit dem Stock die Scheibe einschlug, so hat er dies „unversehentlich“ in luctueller Erregung getan!

Diese Pennälerausrede ist kein Einzelfall. Sie ist die geistige Gesamthaltung der Nationalsozialistischen Partei. Politiker? — Professor Unraths ungezogene Schüler!

Die Freunde der Hochverräter.

Hugenberg für die Ulmer Hakenkreuzoffiziere.

Die deutschnationalen Abgeordneten wollen im Reichstag die Regierung interpellieren, ob sie sich für die Begnadigung der verurteilten Ulmer Offiziere einsetzen werde. Der Ulmer, mit der die Deutschnationalen sich der Sache der Putschoffiziere annehmen, zeigt, daß sie sich als ihre Gefinnungsfreunde im Hochverrat fühlen.

Die Rechte und die Regierung.

Deutschnationales Mißtrauen. — Freie Hand der Wirtschaftspartei.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei beschäftigte sich am Dienstag in mehrstündiger Sitzung mit dem Verbleiben des Ministers Dr. Bredt im Amte. Darüber wird mitgeteilt:

„Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei nahm am Dienstag von der Ablehnung des Rücktrittsgesuches des Ministers Bredt durch den Herrn Reichspräsidenten und dem Urlichen, als Minister ohne parteipolitische Bindung im Kabinett zu verbleiben, Kenntnis. Die Fraktion hält nach wie vor an ihrer Forderung der Umbildung des Kabinetts im Sinne ihres Schreibens an den Reichspräsidenten fest. Der Reichsregierung gegenüber behält sie sich nunmehr völlig freie Hand vor.“

Hugenberg hat an den Reichstanzler Brüning einen Brief geschrieben, in dem es heißt:

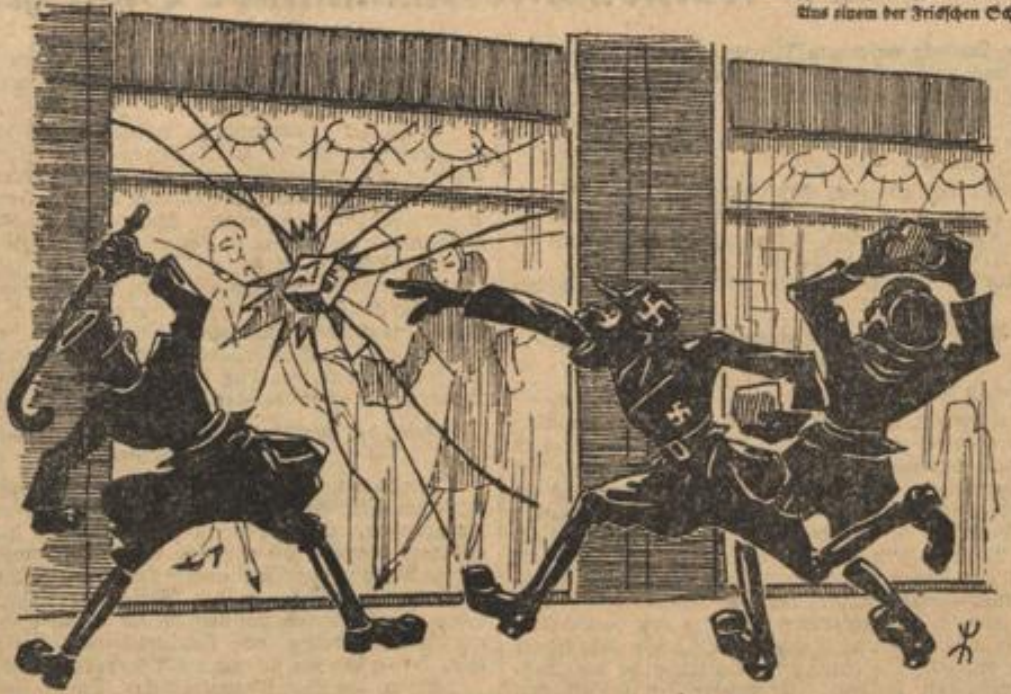
„Angeichts der bevorstehenden neuen Abstimmungen halten wir es für erforderlich, unmissverständlich festzulegen, daß es die Frage der Regierungsumbildung und des Regierungssystems in Bremen ist, die auch jetzt wieder einer politischen Zusammenarbeit der nationalsozialistischen Parteien zur Lösung der immer gefährlicheren, vor Deutschland und der Welt aufsteigenden deutschen Frage entgegensteht.“

Die Herrschaften wollen Breußen, und da sie es nicht schaffen, kündigen sie an, daß sie für die Mißtrauensanträge gegen Brüning stimmen werden.

In Boston haben Teilnehmer einer Erwerbslosenkundgebung das Gemeinschaftshaus gestürmt. Polizei trieb sie auseinander und verhaftete 15.

Deutschland erwache — Scheibe zertrachte!

Ich weiß, du strafest des Landes Verrät
Und machst uns stark zur befreienden Tat!
Und einem der Frischen Schulgebete.



Nun weiß man endlich, wie die „befreiende Tat“ der Frischen Schulgebete praktisch aussieht!

Der Karl-Marx-Hof.

Eröffnung des größten Wiener Volkswohnungsbaues.

Am Sonntag wurde die einen ganzen Kilometer lange Kleinwohnungsburg des Karl-Marx-Hofes in Wien XIV feierlich eröffnet. In 1400 hellen, sauberen, gesunden Wohnungen mit zwei elektrischen Zentralwäschereien, Badeanlagen, Kindergärten, Jugendheimen, Bibliothek usw. wohnen hier 5000 Menschen. Von diesem herrlichen Bau hatte das Seipel-Büro gejubelt, er stürze ein, als sich ein paar Betonpfeiler etwas geneigt hatten. In seiner Eröffnungsrede sagte

Bürgermeister Genosse Karl Seih:

Vor allem danke ich hier dem Mann, der am meisten angefeindet wurde, dem Stadtrat Weber (Beifall), dann dem Stadtbauinspektor und allen seinen Mitarbeitern, dem Architekten, der dieses Werk erbaut hat. Ich danke auch dem Stadtrat Breilner (Braufender Beifall), der dank seiner sparsamen Finanzpolitik immer wieder in der Lage ist, die Summen aufzubringen, deren wir bedürfen, um das große Aufbauprogramm im Wohnungswesen, im Fürsorgewesen und im Schulwesen zu leisten. Wenn wir vor einigen Wochen die große Wahlbewegung Deutschlands beobachtet haben, wenn wir jetzt den Dänen der österreichischen Wahlbewegung hören — täuschen wir uns nicht darüber, daß das nur kurze Phasen sind. Wir stehen in einer historischen Periode der Sachlichkeit, der stillen, aber energiegelassenen Aufbaubarbeit. Unsere historische Aufgabe ist, in Sachlichkeit diese Arbeit zu leisten. Möge man diese Gemeindeverwaltung und ihre Grundzüge befehlen, möge man in Worten gegen uns argumentieren, die Tat beweist! (Stürmischer Beifall.) Mögen die Menschen, die in diesen neuen Gebäuden aufwachen, einer besseren Zukunft entgegengehen. (Überwiegend langanhaltender Beifall, Hochrufe auf den Bürgermeister und auf die Stadt Wien.)

Hakenkreuzler gegen Polizei.

In Wien besteht ein Verbot geschlossener Aufmärsche in Uniform und militärischer Marschordnung. Die Leiter der nationalsozialistischen Rärten-Rundgebung am vergangenen Sonntag auf dem Helldorferplatz an der Ringstraße hatten der Polizei fest zugesagt, nur losen Aufmarsch vorzunehmen. Einige hundert Hakenkreuzler aber sammelten sich in Uniform und schreiend, was die Anwohner um so

mehr erschreckte, als sie den Zweck nicht kannten, beim Westbahnhof und marschierten geschlossen mit Musik durch die Mariaböserstraße, eine der lebhaftesten Verkehrsadern Wiens. Als ihnen Regierungsrät Dr. Dent, der Kommandant der herbeigerufenen Polizeiverstärkung, mit dem Verlangen entgegentrat, in losen Gruppen weiterzugehen, weigerten sie sich, und als er — nach längerem Verhandeln mit dem Führer im Weitermarschieren — schließlich die Beamten einschreiten ließ.

stürzte sich die Sturmabteilung, an schwarzen Kappen kenntlich, wütend auf die Polizei. Der Regierungsrat wurde verletzt:

nun schlugen die Polizisten drein und es gab blutige Köpfe; eine Hakenkreuzerlehre bekam ein paar Blutpritzer ab, als sie bemerkt wurde, um auf die Polizisten einzuschlagen. Nach weiteren paratierten Verhufen, die Marschpläne wiederherzustellen, gelangten sie schließlich zu der Rundgebung, bei der sie den Heimwehrminister Hueber in seiner Rede so oft unterbrochen, daß er sie vorzeitig abbrach. Der Vetter der Rundgebung verbürgte sich für ordentliches Verhalten der Hakenkreuzer, worauf ihr verhafteter Führer wieder freigegeben wurde. Nach der Rundgebung stürzten die Hakenkreuzer einen Zug der Eheredaktionsreform auf der Ringstraße an, so daß die Polizei zu deren Schutz eingreifen mußte. Zum Schluß ließ man sie noch vor ihren Verwundeten mit „Rechts schaut!“ beschließen.

Schober-Bloed schon gesprengt!

Wien, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Schober-Bloed, die Wahlgemeinschaft der bürgerlichen Mittelparteien unter Führung des ehemaligen Bundeskanzlers Schober, ist gesprengt. Nachdem die Großdeutschen aus Gründen des Antisemitismus erklärt hatten, mit der demokratischen Mittelpartei nicht zusammengehen zu können, hat diese Partei beschlossen, eigene Kandidaten aufzustellen. Daraufhin hat die Landesparteileitung des Bundes in Oberösterreich beschlossen, sich der Parole ihrer Reichsparteileitung nicht anzuschließen und eigene Kandidaten aufzustellen. Das gleiche planen die Landesparteileitungen des Bundes in Salzburg und Tirol.

Aus der Reichstagsfraktion.

Erweiterung des Fraktionsvorstandes.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wählte am Dienstag ihren Vorstand. Die bisherigen Vorsitzenden Breitfeld, Dittmann, Hermann Müller und Wels wurden, wie schon gemeint, wiedergewählt. Der Vorstand wurde um vier Mitglieder erweitert. Ihm gehören jetzt außer den vier Vorsitzenden an: Aufhäuser, Otto Braun, Crispian, Großmann, Hente, Herz, Hildenbrand, Hüllerding, Juchacz, Keil, Löbe, Scheidemann, Oswald Schumann, Severing, Sallmann und Stämpfer.

Neu zugewählt sind Otto Braun, Keil, Severing und Sallmann.

Das Pensionstürzungsgesetz.

Im Reichsrat mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Im Reichsrat wurde gestern das Pensionstürzungsgesetz mit verfassungsändernder Mehrheit, und zwar mit 53 gegen die 7 Stimmen des Landes Sachsen bei Stimmenthaltung der Provinz und Land Thüringen angenommen.

Der Berichterstatter erinnerte daran, daß der Reichsrat in früheren Fällen gegen ähnliche Anträge Bedenken erhoben habe, da es sich um schwerwiegende Eingriffe in Beamtenrechte handle. Trotz grundsätzlicher Widerspruch

Alsberg und Hesse: „Voruntersuchung“.

Aufführung im Renaissance-Theater.

Ein Tendenzschauspiel gegen die moderne Folter der Voruntersuchung im Strafverfahren, verfaßt von einem Verteidiger und einem Journalisten, in Form eines Kriminaldramas. Eindeutvoll, geschickt gemacht und sehr spannend: Publikum und Untersuchungsrichter erfahren erst im fünften Akt, wer der wirkliche Mörder ist. Glänzende Darstellerhaft, Bombenerfolg.

der früheren Bedenken sei man in den Ausschüssen der Aufstellung gemessen, daß man jetzt der außergewöhnlichen Lage Rechnung tragen müsse. Allerdings wurde dabei der Standpunkt betont, daß es sich um ein verfassungsänderndes Ausnahmegesetz handelt und daß dieses Gesetz nur für einen bestimmten Zeitraum gelten könne. Die Ausschüsse haben sich für die Hauptbestimmungen auf drei Jahre geeinigt.

Vor der Gesamtabstimmung erklärte der sächsische Gesandte Dr. Grabnauer: Die sächsische Regierung vermag dem Gesetz in der Gestalt, die es jetzt gewonnen hat, nicht zuzustimmen, und zwar besonders um der Bestimmungen willen, die die Beamten der Reichsbahn, der Reichsbahn und der Religionsgesellschaften nicht einbezieht.

Urteil im Leipziger Kommunistenprozeß.

Die Folgen der blutigen Ostervorgänge.

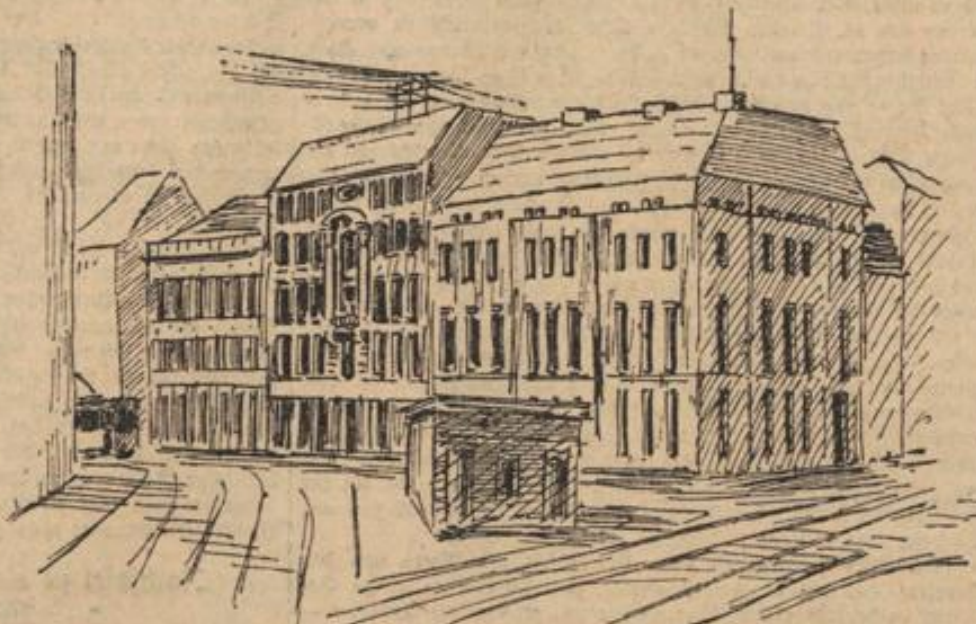
Leipzig, 14. Oktober.

Im Leipziger Kommunistenprozeß ist am Dienstag das Urteil gesprochen worden. Es wurden verurteilt: der Angeklagte Haubenecker wegen Totschlags in Tateinheit mit schweren Aufruhr zu fünf Jahren Zuchthaus und vier Jahren Ehrverlust, die Angeklagten Watische, Bohrs, Brätorius und Ester wegen schweren Aufruhrs, der Angeklagte Helmstädter wegen schweren Aufruhrs und Landesfriedensbruchs zu je einem Jahr drei Monaten Zuchthaus, der Angeklagte Denter zu sieben Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Hermann, Härtig und Schöne wurden freigesprochen.

Politische Verhaftungswut. Im Zusammenhang mit dem „Anschlag“ auf Wittels hat die Polizei die drei früheren sozialdemokratischen Abgeordneten Chodznoff, Dziewicki und Natuzjemski verhaftet. Auch nichtsozialdemokratische Oppositionskandidaten sind gestern eingesperrt worden.

Abbruch am Molkenmarkt.

Der Molkenmarkt, einer der ältesten Plätze Berlins, wird eine grundlegende Veränderung erfahren. Die Zentrale der Städtischen Sparkasse wird hier ihr neues Gebäude errichten. Damit ist über den Abbruch ihres bisherigen burgähnlichen Heims inmitten der Mühlendammerschleuse entschieden. Das Gebäude wird den Erweiterungsbauten des für Berlin wichtigen Wasserweges geopfert. Die Häuser Molkenmarkt 4/6, zwischen Straßauer Straße und Parochialstraße, sind bereits von den Bewohnern geräumt und stehen vor dem Abbruch. Unser Bild zeigt die Häuser, an deren Stelle die neue Sparkassenzentrale entstehen soll.



Zwei der abbruchbereiten Häuser, an deren Stelle die neue Sparkasse errichtet werden soll.

Polizei auf dem Posten.

Ruhe in der City. — Die Leipziger Straße voller Neugieriger.

Der nationalistiche Pöbel, der vorgestern den ganzen Tiergarten unsicher machte und dessen Wut über polizeiliche Gegenmaßnahmen sich im Zerbrechen von Schaufenstern auslebte, hat sich vorläufig in seine Löcher zurückgezogen. Bis in die späten Nachtstunden haben sich gestern in der City keinerlei Zwischenfälle mehr ereignet. Dank dem energischen Durchgreifen des Polizeipräsidenten dürfte den Rowdys die Lust zu neuen Terrorisierungsversuchen für einige Zeit vergangen sein.

In den gestrigen Abendstunden boten die Geschäftstrahen, abgesehen von den zahlreichen Streifen der Schupo, das auch sonst gewohnte Bild. Nur die Leipziger Straße machte eine Ausnahme. Wie an den letzten Tagen vor Weihnachten schieben sich dicke Menschenreihen vor den Schaufenstern der großen Geschäftshäuser vorbei. Boller Neugierde werden die Arbeiter der Glaser, wahrscheinlich die einzigen Berliner, die über die Nazimulte weniger empört sind, betrachtet. Die höflichen Schupos haben Mühe, den Verkehr ohne Störung in Ordnung aufrechtzuerhalten. Neben den Neugierigen tauschen aber immer wieder auch jene zweifelhaften Elemente auf, denen die Jünelung zu jener Partei der Zerstörung, von deren Wirken die Reichshauptstadt eine Probe bekommen hat, im Gesicht geschrieben steht. Zusammensassend kann man sagen: Die Polizei ist auf dem Posten, sie wird jede Zusammenrottung zerstörungswütiger Krawallmacher im Keime zu ersticken wissen.

Die Bürger dürfen den Schaden bezahlen!

Beim Polizeipräsidenten Berlin besteht ein „Aussschuß zur Feststellung von Aufbruchschäden“. Dieser Ausschuß hat über Ent-

schädigungen für Verluste, die im Zusammenhang mit Unruhen entstanden sind, zu entscheiden.

Das Land Preußen sowohl wie auch die Stadt Berlin haben in dem Ausschuß zur Wahrung ihrer Interessen je einen Vertreter. Die Kosten der Sachschäden tragen zu zwei Dritteln Preußen und zu einem Drittel die Stadtgemeinde Berlin. Der Staatsbürger, dessen Geld für die Wiedergutmachung des Zerstörungswertes einiger verbesserter, rabaulustiger Burfschen ausgegeben wird, mag seinen Dank bei den Drahtziehern der Nazis abtrotzen.

Milch für bedürftige Kinder.

Sozialdemokraten verlangen Bereitstellung der Mittel.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wird am Donnerstag in der Stadtverordnetenversammlung folgenden Dringlichkeitsantrag einbringen:

Der Magistrat wird ersucht, sofort die Summen bereitzustellen, die nötig sind, um bis zum Schluß des Etatsjahres die Milchverbilligung und Freimilchaktion auf der Basis durchzuführen, daß jedes bedürftige Kind täglich einen halben Liter Milch erhält.

Sprechchor für proletarische Feiertage. Übungsstunde am Donnerstag, dem 16. Oktober, 19:30 Uhr, in der Schule Weinmeisterstraße 16/17. Alle Mitglieder müssen bestimmt und pünktlich anwesend sein.

Ein Ehrabschneider.

Journalist wegen falscher Behauptungen verurteilt.

Wegen Beleidigung des Direktors der Städtischen Wohnungsfürsorge, Rohloff, ist der verantwortliche Schriftleiter der Zeitung „Berlin am Morgen“, Duczynski, vom Amtsgericht Berlin-Mitte zu 300 Mark Geldstrafe oder im Nichtbeitragsfalle zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden.

Die Zeitung hatte seinerzeit anlässlich des Skandals-Auszüge aus der sogenannten „Schwarzen Kladder“ der KVB veröffentlicht und mit entsprechenden Bemerkungen auch den Privatkläger aufgeführt und behauptet, daß er von Direktor Kieburg aus den Beständen der KVB im Jahre 1922 Waren bezogen und nicht bezahlt habe. In der Verhandlung erklärte Rechtsanwalt Dr. Kunz, daß der Privatkläger von der KVB niemals gekauft habe. Wenn sein Name in der Kladder stehe, dann sei das unerklärlich und offenbar eine Verwechslung. Das Gericht lehnte die Beweisanträge des Verteidigers als unerheblich ab. Die benannten Zeugen könnten bei dem großen Kundenkreis der KVB keine positiven Tatsachen betunden. Nach dem Geschäftsbericht hätten zu jener Zeit weite Bevölkerungsteile von der KVB Waren bezogen. Wenn der Privatkläger das tat, so handelte er wie jeder Bürger, und es liege kein Anlaß vor, daraus ehrenrührige Schlüsse zu ziehen. Der Privatkläger mußte sich gekränkt fühlen, daß er als Beamter, der in eine Vertrauensstellung befördert worden ist, in Verbindung mit der unerfreulichen Skandals-Affäre gebracht worden sei. Der Beklagte sei über das Recht der Kritik im weitesten Maße hinausgeschritten. Dem Privatkläger wurde das Recht zu gebilligt, das Urteil je einmal im „Berlin am Morgen“, „Vorwärts“ und „Berliner Tageblatt“ zu veröffentlichen.

Im Kohlenbunker erstickt.

Zurückbarer Tod eines Arbeiters.

Auf enschliche Weise kam am Dienstagmorgens der 57jährige Kohlenarbeiter Wilhelm Töpfer aus der Grunewaldstr. 36 im Betriebe der Wilmersdorfer Elektrizitätswerke in der Jordanenstr. 5 ums Leben.

Töpfer war zusammen mit mehreren Arbeitern an einem sogenannten Kohlenbunker, der etwa acht bis zehn Meter tief ist, beschäftigt. Aus noch nicht völlig gekläarter Ursache fiel T. in die Öffnung des Bunkers und stürzte kopfüber in die feinstörnige Kohlenmasse. Als die bestürzten Kollegen den Berunglückten retten wollten, war keine Spur mehr von ihm zu entdecken. Der Abgestürzte war tief in den Kohlenstaub, der am Grunde des Bunkers lagerte, eingesenken. Die alarmierte Feuerwehr nahm die Bergung des verunglückten Arbeiters vor, der Tod war jedoch bereits durch Ersticken eingetreten.

Eine polizeiliche Untersuchung über die Ursache und Schuldfrage des seltsamen Unfalles ist inzwischen eingeleitet worden.

Flugzeugabsturz in Augsburg.

Todessturz eines Berliner Fliegers.

Am Dienstagmorgens ereignete sich auf dem Flugplatz an der Hauptstätter Straße ein schweres Flugzeugunglück. Eine Maschine der Bayerischen Flugzeugwerke ging in 1000 Meter zu einem Sturzflug über. In der Höhe von 600 Metern wollte der Führer die Maschine wieder hoch bringen. Plötzlich löste sich ein Teil der Bepannung des Tragdecks und die Maschine stürzte in die Tiefe. Der Flieger wollte sich mit dem Fallschirm retten, doch entfaltete sich der Schirm nicht. Mit zerschmetterten Gliedern wurde der Flieger bei den Trümmern der Maschine aufgefunden. Es handelt sich um den 32 Jahre alten Flugzeugführer Kommode aus Berlin. Die Maschine war von Fachleuten anerkannt beurteilt worden. Die Frau des Fliegers mußte dem Todessturz ihres Mannes zusehen.

Walter A. Persick
10] *Vielleicht morgen...*

Anderscht. Nachdruck verboten. Gullen Kiepenhauer Verlag H.-G., Verteilungsabt.

10.
Alarmbereitschaft im Hinterhaus. Frau Müller hatte die Meldung an zehn verschiedene Stellen mit immer aufregenderen Ausschmückungen weitergegeben. In den Wohnungen über, unter und neben den Berlas wurde leise gesprochen, um den großen Augenblick nicht zu verpassen.
Was dann aber geschah, geschahen mußte, spielte sich hinter verschlossener Tür und ohne laute Worte, verzweifelt und schmerzhaft ab; die große Abrechnung, die Berla fürchtete und die Annie — gegen ihren Willen — nicht aufzuhalten vermochte. Konnte sie überhaupt wollen? Die Stunden des Nachmittages schlüchen an ihrem reglosen Körper, an ihrem Küchenstuhl, den sie nicht verließ, vorbei. Kaum konnte sie von ihrem Platz aus auf das Herdfeuer achten, dem Kinde Milch bereiten und die wenigen nötigen Handgriffe ausführen. Von Stunde zu Stunde schwoll die Last der Fragen. Bis Dual wurde, schwer und eng wie ein Gefangenhaus, bis sie die tiefe Zärtlichkeit ihres Herzens, die Hingabe an das kleine Leben neben sich verdrängte. Ihr Leib atmete, ihr Blut freiste, und ihre Gedanken tobten um einen Punkt. Die Nerven surzten, straffgespannte Säulen des Empfindens und sie wußte nicht mehr, daß sie lebe und Leben um sie herum geschah.
Hinter Wänden sang eine Frau. Türen fielen ins Schloß, ein Hund bellte und Uhren zählten die Zeit, wie gehamstertes Gold, langsam und geizig und kalt gegen alle Wartenden.
Berla fand die Wohnung finster, die Tür unvergeschlossen. Erschreckt, beforgt, schuldbenutzt tapfte er sich, das brennende Streichholz in der Hand, vorwärts. Fast wäre er in der Küche über seine Frau gestolpert — für einen Augenblick erhaschte er im Spiellicht des Hölzchens ihre Augen, dann fiel die Flamme zu Boden. Er konnte keine neue entzündet.

Seine Hände griffen angstvoll in das Schwarz. Sie spürten das Haar, das tränennasse Gesicht der Frau.
„Annie“, sagte er, „Annie, was ist? Weshalb siehst du mich so an?“
Warum konnte er nicht einmal glauben, sie sei krank, körperlich krank? Warum schwieg er vor der lauernden Stille, die nicht mehr ging und ihn an der Kehle packte? Warum stürzte er nicht hinaus, fort, in die Kneipe zu dem halb irren Köhn? Es war doch der Geldtag, er wußte, wo er den Kollegen in Bärm und Qualm finden konnte und es mußte gut sein, nachher heimzukommen, wenn alles erledigt und vergangen sei, und zu schlafen — auch solche Abende hatte es gegeben, daß er, jähzornig, in Haß gegen seine eigenen Fäuste, die Tür zuknallte. Warum ging es jetzt nicht so? Rein, dachte er, hier mußte Rede und Antwort kommen, mit Ja und Nein muß ich zu meinem Tun stehen! Weder Aufschub noch Lüge können etwas gutmachen. Vielleicht reite ich noch etwas durch nachte, häßliche Wahrheit!
Jegendwo lauerte die Schuld, schlich auf teisen Zehen. Nicht einmal der Weder, der hier inmitten Gesichts auf einem Bord stand, ließ sein Liden hören. Das Nichts war da — und die Frage — mochte kein Stuhl, kein Schrank sichtbar sein, die Augen die ihn vorhin getroffen hatten, blieben.
„Warum hast du das getan, Bert? Sage nicht, es ist nicht wahr. Schilt nicht, sei nicht böse, daß ich nichts sagen kann als dieses: warum hast du das getan? Gib mir nur hierauf eine Antwort. Nichts anderes will ich wissen. Dies aber muß ich erfahren.“
„Ich weiß es nicht, Annie!“
„Bin ich dir zu schlecht, zu häßlich und verbraucht? Einen Grund muß es doch geben.“
„Ich weiß keinen, Annie — es kam zu mir — ich war immer allein, es war kalt hier und das Büromädel ist einfach mitgekommen. Ich habe sie nie gebeten, Annie. Sie wollte es so.“
„Und du konntest nicht nein sagen.“
Das Weinen, das sich Stunden hindurch an sie geklammert hatte, vom Nachmittag bis in die gelbe Dämmerung bis in die einfallende Abenddämmerung — es rief, es würgte, es wollte sie töten: Könnte es doch Menschen hinwegnehmen aus allem Schmerz, es wäre gut. Noch einmal mußte sie gebären, noch heftiger, tausendmal weher und zerrissener. Zehn Kinder, dachte Annie, lieber alle Schmerzen um das Leben, als diesen einen! Und nicht einmal ein Kind darf man gebären, nicht einmal die kurze Spanne Zeit fort sein!

Mit welchen Worten, auf welche Art, mit welcher Zärtlichkeit sollte Bert trösten?
Es ist das häßliche Schicksal der Männer, in solchen Stunden, die vollendete Tragödien sind, mit hängenden Armen und gequält durch die Unmöglichkeit, etwas grundlegend zu ändern, dabei stehen zu müssen. Auch Berla mußte nichts zu beginnen, denn Worte, Gebärden, alles Tun mußte falsch und von Uebel sein. Aber es ließ sich nicht ertragen, so...
„Darf ich — darf ich nun — Licht machen?“ brachte er hervor.
„Ich habe es dir nicht verboten.“
Dann wagte Berla nicht, sich vom hellen Kreis auf dem Tisch weg und zu Annie zu wenden. Die Lampe stand vor ihm, er mußte sie zur Wand tragen — aber auf diesem Wege würden ihm ihre Augen begegnen, würde ihr Gesicht sein und man mußte hineinblicken und das Leid sehen, das man verschuldet! Er war doch schuldig, kein Mensch konnte seine Last schwerer fühlen, als er, der dieses alles nicht hatte wollen, der sich nun verachtete, weil er bei jeder Begegnung mit der Reimers den gegossenen Stunden nachtrauerte.
Berla blickte vor sich hin — alles hatte das gewohnte Aussehen das Küchenbord mit der blauweißen Papierluge, die Töpfe, der Brotkasten und die Kaffeekanne, deren Ausguß zerbrochen war.
Nur an eines hatte er immer noch nicht gedacht — an das Kind. Es aber sah ihn! Da lag es und machte große, runde, schwarze Augen, mitten ins Licht der Petroleumlampe, wie in ein Wunder hinein.
Einen, zwei Schritte, bewegte Berla sich vorwärts, wie im Beginn einer Flucht. Die plötzliche Zärtlichkeit gegen die Frau und den Jungen packte ihn am Arm, drückte ihn — so nahm er das Kind auf, vorsichtig, er fühlte das Bündel auf seinen Armen und merkte nun erst, daß ein Mensch darin war.
11.
Annie dachte so und Berla: man muß damit fertig werden. Es bedrückte sie, daß trotz der Aussprache eigentlich nichts anders geworden und der seltsame Druck über ihrem Leben geblieben war. Menschen wollen alles immer erledigen. Und sind erlaunt, wenn sich das Leben nicht erledigen läßt, wenn es seinen Weg geht, wie es will und uns miträut — ein Strom, der einmal ins Nichts mündet, und wir sind die Barken darauf, gelenkt von fremden Ruder schlägen...
(Fortsetzung folgt.)

Der galante Leo.

Das gefürchte Rendezvous am Potsdamer Platz.

Herr Leo Riffes ist ein großer Freund der Damen, bei denen es ihm hauptsächlich allerdings auf ihre Geldtäschchen ankommt. Schon im März des Jahres 1929 betätigte er sich in Frankfurt a. M. und Berlin als Heiratsbetrüger. Seinen „Erwählten“ gegenüber gab er sich für einen Journalisten und Vertreter französischer Zeitungen aus, in deren Auftrag er in Frankfurt und Berlin Filialredaktionen einrichten sollte. Da leider die „Gelder aus Frankreich“ nur spärlich eingingen, sorgte er seine Bräute um erhebliche Summen an, von denen sie keinen Pfennig wiedersehen. Die ganze Geschichte von der Filialredaktion und der französischen Zeitung war natürlich Schwindel. Riffes wurde damals festgenommen und zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt. Nach seiner Entlassung nahm er den alten Trick sofort wieder auf. Jetzt nannte er sich aber nicht mehr Riffes, sondern legte sich den Namen „Dr. Leo Reiner“, „Dr. Rödel“ oder „Dr. Schubert“ bei. Beibehalten hatte er die Erzählung von der Zeitung. Jetzt sollte es das französische Blatt „L'Essor“ sein. Einer Dame in Berlin hatte er bereits mehrere hundert Mark abgeliefert und mit einer zweiten Beziehungen angeknüpft. Die erste war aber hinter den Schwindel gekommen und hatte Anzeige erstattet. Gestern traf sich der schöne Leo mit der zweiten Braut auf dem Potsdamer Platz und begrüßte sie galant mit Handküssen. Mitten in diese Huldigung hinein kamen jedoch Kriminalbeamte, die den Schwindler suchten, und entriß ihm dem zärtlichen Beisammensein. Die Braut und die anderen Passanten wunderten sich nicht wenig, warum der elegante Cavalier so rauh entführt wurde.

Meister der süßen Kunst.

Konditorenmesse im Zoo.

In Anwesenheit von Vertretern des Berliner Magistrats, der Handwerkskammer, des Landesberufsamtes und verschiedener Interessensverbände wurde gestern die diesjährige Konditorenmesse im Zoologischen Garten eröffnet. Wahre Wunderwerke geschickter Konditorenhände offenbarten sich dem Besucher. Das Prunkstück der Ausstellung ist ein drei Meter großer Brunnendruck mit einer Karamellfontäne, einem Springbrunnen aus Krokant und einem Marzipansockel. Eine künstlerisch modellierte weibliche Brunnensfigur — das süße Mädel ist ganz aus Marzipan geformt — läßt höchst appetitanregend am Brunnenrand. Das Schmargendorfer Rathaus ist aus Zuckerwerk geformt. Daneben steht Ritter Lohengrin mit seinem Schwan. Im neuen Sprühpark werden die prächtigsten Zuckerglasuren in Form von Kakteen, Orangendäumen, Tiergestalten usw. hergestellt. Geschmacksvolle, launige Tortenbeschriftungen, ein munibildes ausgeführter echt englischer Hochzeitskuchen, Schokoladenklaviere und Marzipanbutetts und ein aus Kakaobutter geschmierter Riesenoozel geben einen kleinen Auschnitt der Konditorenkunst. Sehr beachtlich ist die Schau der Lehrlingsarbeiten, die die Gewähr für einen begabten Nachwuchs liefern. Die Berliner Bäckermeister haben eine Sonderchau internationaler Backware arrangiert. Die Messe ist bis zum 17. Oktober geöffnet.

Flugzeug stürzt ins Meer.

Der Pilot und drei Fahrgäste getötet.

London, 14. Oktober. In einer Entfernung von 60 Kilometern von Perth auf Australien wurde das Wrack eines Flugzeuges gefunden, das am Montag Perth verlassen hatte und ins Meer gestürzt war. Der Flugzeugführer, zwei Flugschüler und eine Pflegerin fanden den Tod.

Das Mordrätsel vom Lainzer Tiergarten

Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Wien, 14. Oktober. In dem sensationellen Mordprozeß Bauer erschien heute nach 16 Uhr der Gerichtshof im dichtgefüllten Saal und der Vorsitzende verkündete folgenden Beschluß: Der Schwurgerichtshof hat beschloffen, allen Beweisansprüchen der Staatsanwaltschaft und der Verteidigung Folge zu geben, die Verhandlung aus diesem Grunde auf unbestimmte Zeit zu vertagen und die Angelegenheit an den Untersuchungsrichter zurückzuverweisen. Da diese Beweisansprüche im In- und Auslande durchzuführen und weitgehende Erhebungen zu machen sind, kann die Verhandlung nicht in der gefälligen Frist durchgeführt werden. Der Gerichtshof hat daher beschloffen, mit der Zulassung der Beweisansprüche gleichzeitig auch die Vertagung der Verhandlung auf unbestimmte Zeit auszusprechen. Der Gerichtshof hatte sich noch von Amts wegen mit der Frage zu befassen, ob Bauer in Haft zu behalten sei, und ist zu der Überzeugung gelangt, daß die Haft über den Angeklagten Bauer aufrechtzuerhalten sei. Die Verkündung dieses Beschlusses löste in der Zuhörerschaft eine große Aufregung aus und auch der Angeklagte und die Verteidigung waren von dieser Wendung sichtlich überrascht.

Philharmonie im neuen Gewand.

Berlins bedeutendsten Konzertbau, die Philharmonie, ist in der letzten Zeit verschiedenen Renovierungen unterworfen worden. Nachdem im vorigen Winter auf Grund polizeilicher Anordnungen wesentliche Umbauten des großen Konzertsaales vorgenommen worden waren, hat man jetzt vor Beginn der neuen Saison die umfassensten und viel zu engen Vorräume gründlich umgebaut und ein breites, helles Foyer geschaffen. In einer Besichtigung, die gestern nachmittags stattfand, zeigte der bekannte Theaterarchitekt Oskar Kaufmann die nunmehr fertiggestellten Neuerungen. An der Längsseite des großen Konzertsaales, zwischen diesem und dem Oberlichtsaal, liegt das neue Foyer. Vor allem konnten die Garderoben wesentlich erweitert und durch Befestigung von Einpuffen und Winkeln breite zerablinigte Gänge geschaffen werden, die im Notfall eine schnelle Entleerung des großen Saales gewährleisten. Darüber hinaus sind an der anderen Seite des Saales nach einem anschließenden Gartengrundstück vier breite Notausgänge gebaut worden, die durch zwei Häuser nach dem Hofenplatz führen. Damit wird es möglich sein, auch bei größter Ueberfüllung die Philharmonie in wenigen Minuten schnell und sicher zu entleeren.

Der Winterfahrplan der U-Bahn. Am 16. Oktober tritt bei der U-Bahn der Winterfahrplan in Kraft. Er trägt den gesteigerten Anforderungen, die mit der kälteren Jahreszeit gerade an die U-Bahn gestellt werden, in weitestem Maße Rechnung.

Nazi-Zanahagel vor Gericht.

Die Rowdys als Unschuldengel. — Sie haben nichts getan und wissen von nichts!

Die nationalsozialistischen Rowdys, die am 13. Oktober zum Platz der Republik ausjagen, um sich das „Kostümfest“ am Reichstag anzusehen und um dann das Steinschloß aufzureißen und die Polizei zu attackieren, haben sich wohl kaum träumen lassen, daß sie sich bereits am 14. Oktober vor dem Schnellschöffengericht zu verantworten haben würden. Gegen 2 Uhr trafen gestern vor dem alten Kriminalgericht Moabit die Polizeiwagen mit den Zwangsgestellten unter Begleitung von etwa 50 Polizeihauptbeamten, in der hauptsache Belastungszeugen, ein. Eine halbe Stunde später eröffnete Amtsgerichtsrat Kehler im Großen Schwurgerichtssaal die Verhandlung. Staatsanwalt Dr. Fischer verlas die Anklage: Sie lautet: Gegen sämtliche Angeklagten auf Bannkreisverletzung, Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt, gegen eine Anzahl Angeklagten auf fälschliche Beleidigung gegen Polizeibeamte und Jolipersonen und gegen einen auf Körperverletzung und Verstoß gegen die Notverordnung des Reichspräsidenten über Waffenbesitz. Rechtsanwalt Dr. Beder verlangte die Vertagung des Prozesses. Es sei ihm unmöglich gewesen, mit seinen Klienten Rücksprache zu nehmen, die Ladung von Entlastungszeugen sei unbedingt notwendig. Das Gericht lehnte den Vertagungsantrag ab und verfügte lediglich die Zuführung zweier jugendlichen Angeklagten, eines hoffnungsvollen Sekundäners und eines Baderlehrlings, an den zuständigen Richter. Rechtsanwalt Dr. Beder legte darauf die Verteidigung nieder. Der Antrag eines Teiles der Angeklagten auf Stellung eines Offizialverteidigers wurde abgelehnt.

Sämtliche Angeklagten ohne Unterschied des Alters und des Berufes — es gab da zwei Kaufleute, zwei Ingenieure, einige Gelehrte, in der Hauptsache aber ungelernete, erwerbslose Arbeiter — bedienten sich ein- und derselben Verteidigungstaktik. Niemand von ihnen hatte Widerstand geleistet, alle wollten ungerichtet-weise zwangsgestellt und vorher verprügelt worden sein. Nur ein einziger gab zu, in seiner großen Aufregtheit eins der Berliner Fenster getroffen zu haben, das aber bereits eingeschlagen gewesen sei.

Die Steine saufen...

Er habe gesehen, wie das Pflaster aufgerissen wurde und habe die Steine auch später sehen hören, aber er selbst sei an allem völlig unschuldig. Ein anderer bestritt mit aller Entschiedenheit, auf einen Beamten mit einem Stein geworfen zu haben. Er sei nur festgenommen, weil er eine Billie trage. Ein dritter, Mitglied der Nationalsozialistischen Partei, will am 12. Oktober gelegentlich eines Besuches bei seiner Braut von dem „Kostümfest“, das im Reichstag bevorstehe, gehört haben. Da sei er hingegangen und habe so mit nichts die nichts von einem Beamten einen Stoß von hinten erhalten, daß er sich eine Beinverletzung zugezogen habe. Etwa vier

der angeklagten Nationalsozialisten verweigern die Aussage unter dem Vorwand, durch die Abnehmung eines Offizialverteidigers in ihrer Verteidigung beschränkt zu sein.

Ein ganz anderes Bild ergab sich bei der Vernehmung der Schupo-Beamten. Der Hauptmann Heinrich Schübert gewissermaßen die Gesamtlage in der Umgebung des Reichstags und der Leipziger Straße am 13. Oktober. Polizeibeamte wurden mit Steinen und anderen harten Gegenständen beworfen und waren gezwungen, vom Gummiknüppel Gebrauch zu machen. Der Polizeileutnant Adams befand sich zufällig in Zivil unter der Menge. Als er den Ruf hörte „Auf zu Berthel“, ließ er schreien, um die Polizei zu alarmieren. Aber schon kirrten die Fenster der Konditorei Dobrin. Im Tiergarten konnte er die Beobachtung machen, wie sich die Gruppen der Nationalsozialisten immer wieder unter Führung bestimmter Personen sammelten.

Eine große Anzahl der Polizeibeamten bestätigten, daß aus den Reihen der Nationalsozialisten immer wieder Steine geschleudert wurden. Daß sich unter diesen Steinwerfern auch ein Teil der Angeklagten befand, wird gleichfalls erwiesen. Nur bei ganz wenigen Angeklagten schien es zweifelhaft, ob sie nicht etwa doch nur durch einen Zufall unter den nationalsozialistischen Zanahagel geraten waren. In wenigen anderen Fällen konnte vielleicht kein ganz schlüssiger Beweis für ihre Schuld geführt werden. Immer wieder bedauerte man aber im Laufe der Verhandlung, daß die eigentlichen Fensterzertrümmerer nicht gefast worden sind.

Nachspiel zu einer Demonstration in der Wilhelmstraße.

Eine Demonstration, die sich am 10. September, abends, durch die Wilhelmstraße am Reichspräsidentenpalais vorbei bewegte, hatte gestern ein gerichtliches Nachspiel vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte. Ein Polizeibeamter war damals bemäht, den Zug in die Behrenstraße abzuleiten und wurde dabei von den Demonstranten bedrängt und angegriffen. Die ihm zu Hilfe eilende Verstärkung stellte fünf Teilnehmer fest, die unter die Anklage des Landfriedensbruchs gestellt wurden. Das Schnellgericht erklärte sich damals für unzuständig und verwies die Verhandlung an das Schöffengericht, weil der Verdacht eines schweren Landfriedensbruchs bestand. In der gestrigen Verhandlung behaupteten nun drei der Angeklagten, daß sie nur durch das Regierungsdiplom spazieren gegangen seien, ohne sich an der Demonstration zu beteiligen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Schmitz wegen Widerstandes zu zwei Monaten Gefängnis und die Angeklagten Kucharz und Lomrenz wegen Bannbruchs zu je zwei Wochen Gefängnis. Die beiden übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Schnellzug entgleist.

Eisenbahnunglück in Spanien. — 1 Toter, 40 Verletzte.

Madrid, 14. Oktober.

Am Dienstag entgleiste der Madrider Schnellzug in der westspanischen Provinz Pontevedra auf der Strecke Madrid-Vigo. Bisher werden 1 Toter und 40 Verletzte, darunter eine Anzahl Schwerverletzte, gemeldet.

Sprengstoffanschläge in Oberschlesien.

Geheimnisvolle Attentatsversuche auf zwei Ärzte.

Beuthen, 14. Oktober.

Am Dienstag erhielt der Knappschafarzt Dr. Wilhelm ein Postpaket zugesandt, das eine Zigarrentüte enthielt. Als der Arzt den Deckel mit einer Schere abhob, schlug aus der Tüte eine hohe Flamme heraus. Dr. Wilhelm warf die Tüte in eine Ecke des Zimmers und ließ in den Nebenraum. Etwa 50 Sekunden später erfolgte eine heftige Explosion, durch die die Fenster Scheiben und mehrere Gegenstände zertrümmert wurden. Man fand einen auseinandergerissenen Luftschlauch, an dessen einem Ende drei Streichhölzer mit Draht befestigt waren.

Ein gleiches Postpaket wurde dem Gerichtsarzt, Medizinalrat Dr. Spieder, zugesandt. Die Gattin des Arztes brachte ihrem Mann das Paket in sein Amtszimmer im Gerichtsgebäude. Beim Öffnen der Zigarrentüte schlug auch hier eine Flamme heraus. Frau Dr. Spieder und das sie begleitende Kind liefen auf Zuruf des Arztes zur Tür. Unmittelbar darauf explodierte die Tüte, wodurch auch hier sämtliche Fensterscheiben zertrümmert und die Inneneinrichtung des Zimmers beschädigt wurde. Dr. Spieder erlitt leichte Verletzungen am Arm, an der Hand und im Gesicht.

Ueber die Täter und die Beweggründe der Anschläge ist noch nichts bekannt geworden. Politische Gründe scheinen aber nicht vorzuliegen. Die Pakete sind nach dem Poststempel am 13. Oktober beim Postamt Hindenburg aufgeliefert worden.

Der Reichsbund Deutscher Mieter e. V. hat seine Geschäftsstelle nach Berlin SW. 11, Kleinbeerenstraße 25, Fernsprecher F 5 Bergmann 513, verlegt.

Funkwinkler.

Im Berliner Rundfunk sind bereits einige Hörspiele von Auditor aufgeführt. Jergendeln Alltagsfall vor den Gerichtshofen wird bearbeitet, und der Autor bemüht sich, die dahinterstehenden sozialen und wirtschaftlichen Momente zu streifen, das Ganze mit einigen populären Witzschmähchen und interessant zu machen und dazu Willensfreiheit zu vermitteln. In dieser Art schreibt auch Auditor das Hörspiel „Der Fall Pannick“. Wieder ist das Schöffengericht der Ort der Handlung. Wieder kommt eine Straftat zur Verhandlung, die sich jeden Tag in ähnlichen Räumen und in ähnlichen Formen abspielen kann. Alltagsgeschehen und Alltagsmenschen stehen zur Diskussion. Das ist gut, jedenfalls ebenso gut, als wenn eine ganz ungewöhnliche Angelegenheit zur Darstellung käme. Daß etwas zum Teil Sentimentalität einfließt, daß auch der Schluß, die Entdeckung des wahren Täters, romantisch gefärbt ist, und daß das Ganze aus einer arbeitsbürgerlichen Perspektive betrachtet wird, ist nicht zu leugnen. Gut die Technik, die immer die Bedingungen des Rundfunks beachtet. Eine für den Rundfunk dramatisierte Reportage wird mit Spannungselementen durchsetzt — manchmal sogar zu sehr — und auf diesem Gesichtspunkt aufgebaut.

Schülerfahrkarten für Erwerbslose?

Ein Stadtverordnetenausschuß hat sich im Berliner Rathaus eingehend mit einem Antrag über die Fahrpreisermäßigung für Erwerbslose auf den städtischen Verkehrsmitteln beschäftigt. Der Antrag wurde nach eingehender Beratung angenommen. Die Erwerbslosen sollen danach künftig auf Schülerkarten mit Lichtbild befähigt werden. Ein anderer Antrag über Maßnahmen zur Ueberwindung der Not der Erwerbslosen und sonstigen Unterstützungsempfänger wurde wegen vorgerückter Zeit vertagt.

Esperanto an 25 Berliner Volksschulen.

Aus seinen reichen Erfahrungen mit Esperanto berichtete auf Veranlassung des Esperantoverbandes Berlin Direktor Gluck im Dorotheen-Realgymnasium. Der Redner zeigte durch sprachliche Beispiele die leichte Erlernbarkeit und den logischen Aufbau dieser heute in fast allen Staaten und Ländern verbreiteten Welt-Hilfssprache. Eine besondere Anerkennung ist die Einführung der Welt-Hilfssprache an 25 Berliner Volksschulen. Eine große Reihe von Vereinigungen hat sich für die Pflege des Esperanto gebildet und mehrere europäische Schulvereinigungen haben Prüfungskommissionen für die Lehrbefähigung in Esperanto aufgestellt.

Gute und billige Kartoffeln.

Die Konjungenoffenschaft Berlin und Umgegend schreibt uns:

Infolge der günstigen Witterung haben wir in diesem Jahre mit einer großen Kartoffelernte zu rechnen. Jedoch muß man berücksichtigen, daß infolge des starken Regenfalles die Qualität sehr gelitten hat. — In verschiedenen Bezirken hat die Kartoffelkrankheit Phytophthora stark um sich gegriffen und die Haltbarkeit der Kartoffel ist dort sehr gefährdet. — Wie alljährlich, so haben Vertreter der Konjungenoffenschaft auch in diesem Jahre die Haupterzeuggebiete bereist und in verschiedenen Gegenden, wo gerade diese Witterung für die Bodenverhältnisse besonders günstig war, auch noch genügend Kartoffeln in sehr guter Qualität vorgefunden. Unsere Bezugsquellen sind dementsprechend auch ganz andere wie im vergangenen Jahre. Die zurzeit bestehenden Preise für Kartoffeln sind ungewöhnlich niedrig.

Diskussion über den Leipziger Reichswehrprozeß. Im Rahmen eines Sonderabends der „Deutschen Liga für Menschenrechte“, der am Donnerstag, dem 16. Oktober, um 20.30 Uhr, im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates, Bellevuestraße 15, stattfindet, wird das Thema „Der Reichswehrprozeß in Leipzig“ durch Rudolf Olden, Rechtsanwalt Dr. Georg Loewenthal, Carl von Ossietzky erörtert werden.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Dienstag, dem 14. Oktober.

- 1. Rennen. 1. Kuloß (O. Schmidt), 2. Rhabodie (als 1. bis), 3. E. Oubertus. Toto: 48:10. Wagh: 17:15:10. Ferner lief: Aeländer.
- 2. Rennen. 1. Landhüter (Grabsch), 2. Rolenan, 3. Wauß. Toto: 21:10. Wagh: 21, 11:10. Ferner liefen: Coge, Edelnade, Elbrus.
- 3. Rennen. 1. Francisco (Guignerin), 2. Teby, 3. Deenburg. Toto: 26:10. Wagh: 20, 22, 23:10. Ferner liefen: Rante, Kriegspiel, Garibaldi, Anstler, Favorit, Verlobung, Verlobter, Fenslon, Madonna d'Arezzo.
- 4. Rennen. 1. Galton (Rarr), 2. Jodelle, 3. Bish. Toto: 67:10. Wagh: 23, 21, 18:10. Ferner liefen: Abd, Erich, Bisjago, Ramezad, Decanus, Ferrari, Dittind.
- 5. Rennen. 1. Gregor (O. Schmidt), 2. Grauwade, 3. Oberator. Toto: 13:10. Wagh: 11, 15:10. Ferner liefen: Colleon, Vary, Edmund.
- 6. Rennen. 1. Feltönig (Sauerland), 2. Beryll, 3. Bialta. Toto: 64:10. Wagh: 17, 22, 24:10. Ferner liefen: Verflucht, Tellus, Sairo, Hummann, Alth, Vingulit, Soldat, Ingweide, Elvira, Olympische, Götterlage, Awa, Beler, Jagantid.
- 7. Rennen. 1. Roxana (Guignerin), 2. Glegar, 3. Nala, 4. Robbuck. Toto: 48:10. Wagh: 17, 118, 20, 181:10. Ferner liefen: Orgie, Parfäler, Guibrand, Tramoto, Larnschid, Pellegrino, Teutob, Lortone, Eih, Fattas, Strova.

BERLIN
HAMBURG
ALTONA
KÖLN
ESSEN
DÜSSELDORF
HANNOVER

Die C&A Seite

DORTMUND
DUISBURG
MAGDEBURG
FRANKFURT
WUPPERTAL
BREMEN

Jahrgang 1930

Gewidmet allen Freunden unseres Hauses und denen, die es werden wollen.

Nummer 42

Copyright by Kurt Lisser Reklame 1930

Nachdruck von Wort und Bild verboten!

In Krefeld, Düsseldorfs schöner Nachbarstadt, hat sich aus uralten Zeiten her der „Oerjelsmittwoch“ erhalten. Sein Name stammt von einer vorsintflutlichen Drehorgel, die jeden Mittwoch erscheint und — so will es der Volksglaube — Glück bringt, wo immer ihre Weisen ertönen.

Aber auch in Düsseldorf selbst und in den anderen Städten, in denen wir ein Geschäft unterhalten, hat der Mittwoch seine besondere Bedeutung dadurch erlangt, daß an ihm unser Kinder-tag stattfindet.

Wir wollen uns zwar nicht vermessen zu behaupten, daß er Glück bringt, aber sicherlich schafft er Freude und Zufriedenheit.

Viel Sorge, Mühe und Ärger, die nun einmal ein Geschäft wie das unsrige mit sich bringt, sind wettgemacht, wenn wir das lustige Treiben an unsren Kinder-tagen beobachten — wenn wir in die Augen der Kinder blicken, aus denen Freude und Stolz über ihre neue, schöne Kleidung strahlen, wenn wir sehen, wie auch die Mütter froh und zufriedener sind, weil sie für so wenig Geld ihren Herzenswunsch erfüllen können.

Schon in einer unsrer früheren C. & A.-Seiten hatten wir einmal erzählt, daß die Inhaber unserer Geschäfte selbst 56 Kinder haben, und daraus erklärt sich ja wirklich leicht die Tatsache, daß wir mit besonderer Liebe und wohl auch mit besonderem Verständnis uns der Sorge für unsre Kinder-Kleidung hingeben.

Das Beste muß gerade gut genug sein! Aber es muß zu einem Preise geliefert werden, der es auch der Mutter mit bescheidensten Mitteln ermöglicht, ihre Kinder nett und zweckmäßig einzukleiden.

Das Glück, das der „Oerjelsmittwoch“ mit sich bringt, ist nur eine Sage.

Die Zufriedenheit, die unser Kindermittwoch schafft, ist schönste Wirklichkeit.

Heute ist die beste Gelegenheit, einen Versuch zu machen und sich einmal davon zu überzeugen, was unser Kindertag auch für Sie bedeutet. — Nehmen Sie Ihre Kinder an die Hand — und —



Das reizende Baby-Mantelchen mit hübschem Plüschkragen und Stulpen, in verschiedenen freundlichen Farben, bekommen Sie in Gr. 40 (and. Gr. entspr.) für **4²⁵**

Dieses moderne Kinderkleid aus gutem Zwirn-Popeline, mit schönem Blüschkragen und kunstleibener Garnitur kostet in Gr. 90 (kleinere Größe entsprechend) **9²⁵** weniger!

AUS DER SCHWEIZ

wurde jüngst von einem Fest berichtet, das eine etwas spleenige Amerikanerin gegeben hatte, und bei dem alle Damen verpflichtet waren, in Kleidern nach der letzten Mode zu erscheinen, deren Kosten aber 35 Schw. Franken nicht übersteigen durften.

Das Schweizer Blatt wundert sich darüber, daß alle Damen diese Bedingung erfüllen konnten. Wir wundern uns höchstens darüber, daß sich die Schweizer Zeitung gewundert hat.


Ein Schw. Franken ist ungefähr 81 Pf. wert, also 35 Franken ungefähr 28 Mark.

Und daß man bei uns für diesen Preis und bedeutend weniger hochmoderne, elegante Kleidung bekommen kann, das zeigen Ihnen ja schon diese beiden Beispiele hier.



Der entzückende Mantel für junge Damen mit dem modernen großen Pelzkragen und Pelzbesatz an den Seitenteilen ist selbstverständlich ganz gefüttert. Ebenso feibelhaft wie der ganze Mantel ist auch sein Preis von **22⁵⁰**

Das elegante Gesellschaftkleid muß lang, sehr lang sein, so wie dieses hübsche Kleid aus gutem, kunstleibenerem Marocaïn mit weitem Hockerkragen, das im Rücken mit Volants garniert und feibelhaft preiswert ist für **22⁵⁰**

Wirdings ist es vielleicht verständlich, daß solche Billigkeit in der Schweiz als etwas Besonderes gilt, denn dieses Land ist zwar mit allem begnabet, was die Natur an Schönheit, Lieblichkeit und Reichtum zu vergeben hat, aber — einen  gibt's dort noch nicht.

So reizend, wie die hier

So frisch und so fein,
So sollen sicher
Auch „Ihre“ sein.
Und leichter als das
Ist fast nichts auf der Welt,
Und dazu gehört auch
Nur sehr wenig Geld.

Denn genau wie die Sachen,
Die im Bild Sie hier seh'n,
Ist alles bei uns —
Sooo preiswert, sooo schön!
D'rum nehmt Eure Kleinen
An die Hand — seid nicht zag' —
Kommt zu uns

Mittwoch ist Kindertag



Der Sport-Anzug aus besonders guter Cheviot-Ware, der Ihrem Jungen gefällt und doch wenig kostet, nämlich für 9 bis 10 Jahre (and. Größen) **16⁵⁰** entsprechend)

Das ist der flotte Mantel mit den breiten Befähen, den Ihr Sohn sich wünscht! Erfüllen Sie ihm den Wunsch; der Mantel ist haltbar und sehr billig für **32⁵⁰**

„Verkappte“ Neuigkeiten.

Hier ist sie wieder — die feiche kleine Kappe. Aber sie will nicht mehr einfach aufgestülpt werden, sondern sie verlangt, daß man sie sehr sorgsam und liebevoll hinten auf den Kopf setzt, so daß die Stirn vollkommen frei bleibt und die lustigen kleinen Stirn-Wächchen led' unterm Rand hervorlugen.

Wie das jedem Gesicht schmeichelt! Einen passenderen Rahmen kann sich keine Frau wünschen. So aussehend, können wir getrost den Männern „die Stirn bieten“ — sie werden uns — eigentlich ja wie immer — sehr schön finden.

Hier ist eine besonders feiche Filzkappe, mit hübscher gepaspelter Filzschleife garniert, für nur **1⁸⁰**

Sie sehen, die „verkappten“ Neuigkeiten haben noch dazu den großen Vorzug, äußerst billig zu sein. Holen Sie sich Ihr modernes Käppchen recht bald — Sie werden unglaubliche Freude an ihm haben!



Das allerliebste Kinderkleidchen aus Größe-Gold, an Bluse und Kragen modern bestickt, ist in Größe 55—60 vorrätig und kostet in Gr. 55 (and. Größen bis 93 entsprechend) nur **9⁷⁵**

Für Ihr Mädel ist dieser hübsche Mantel aus herrlicher Fantasieware mit Plüschkragen sehr praktisch. Er kostet in Größe 60 (and. Größen bis 93 entsprechend) nur **9⁷⁵**

60000 Mark

zahlte ein Fußballklub Madrids, um sich die Spielfürte Ricardo Zamoras zu sichern. Zamora ist der Abgott aller spanischen Fußballfreunde, er ist der beste Torwart der Welt, bezieht das Einkommen eines Filmstars und gilt nebenbei als der bestangezogene Mann seiner Stadt.

Rein Kunststück, bei einem solchen Einkommen! Aber hierzulande braucht man weder Fußballchampion zu sein, noch Filmstar-Sagen zu beziehen, um in den Ruf des „immer gut angezogenen Mannes“ zu gelangen.

Denn bei den Preisen, die jetzt — nach unserem allbeiprochenen Preisabbau — bei uns herrschen, kann jeder gut angezogen aussehen. Und unsere Auswahl ist so groß, daß auch jeder das findet, was seinem Geschmack und seinem Geldbeutel am meisten zusagt.

Hier nur ein Beispiel, wie unsere Preise den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt sind.

Der elegante Rundgürtel-Mantel aus guter, tragfähiger Ware mit angewebter Abfelle hat, wie jeder hochwertige Mantel, kunstleibenes Futter auch in den Vermeln, und kostet **49⁵⁰** doch nur **49⁵⁰**

Aber tausend gleich guter, gleich preiswerter Anzüge und Mäntel stehen Ihnen bei uns zur Auswahl zur Verfügung. Kommen Sie zu uns — der Besuch lohnt sich!

Alle in dieser Seite enthaltenen Angebote stehen Ihnen ab Mittwoch früh bei uns zur Verfügung. Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden!

GEHEN SIE ZU C&A BRENNINKMEYER

Oranienstr. 40 Am Oranienplatz
Chausseestr. 113 Königstraße 33
Beim Stuttgarter Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

Herren- bzw. Knaben-Kleidung in den beiden Geschäften: Königstr. / Chausseestr.

Das Brot wird schlechter.

So wirkt sich das Brotgesetz aus. — Landwirt und Verbraucher betrogen!

Zur Hebung des Roggenverbrauchs wurde vom Reichstag auf Betreiben Schieles im Juli das sogenannte Brotgesetz verabschiedet. Nach diesem Gesetz darf von den Bäckern nur solches Brot als Roggenbrot verkauft werden, das zu 97 Proz. entweder aus Roggenschrot oder aus höchstens 60prozentig ausgemahltem Roggenmehl gebaden ist. Ferner wurde bestimmt, daß ein aus Weizen- und Roggenmehl bestehendes Brot mindestens 80 Proz. Roggenmehl enthalten muß, das ebenfalls höchstens zu 60 Proz. ausgemahlen sein darf und das ausdrücklich als Mischbrot bezeichnet werden muß. Durch die zwangsmäßige Beschränkung der Ausmahlung auf 60 Proz. sollte der Verbrauch an Roggen durch menschlichen Verzehr erweitert werden. Man rechnete, daß bei der bisher üblichen Ausmahlung von 72 Proz. im Durchschnitt 4,8 Millionen Tonnen Roggen zum menschlichen Verbrauch benötigt werden, daß durch die Herabsetzung des Ausmahlungsgrades 700 000 Tonnen Roggen mehr von den Mühlen benötigt werden. Ein großer Teil des Uberschusses an Roggen könnte also durch diesen Mehrverbrauch untergebracht werden.

Die Sozialdemokratie hat feinetzt gegen das Brotgesetz gestimmt,

weil eine wesentliche Bestimmung auf Betreiben der Wirtschaftspartei, des Bäckermeisters, aus dem Gehirnwurf gestrichen war. Es war nämlich vorgesehen, um den Konsumenten die Möglichkeit einer Kontrolle über die teilweise enormen Spannen zwischen Getreide- und Brotpreisen zu geben, daß Brot nur noch nach Gewicht verkauft werden darf. Bisher war es üblich, das Brot zu festen Preisen zu verkaufen, das Gewicht aber je nach den Mehlpreisen zu ändern. Der Konsument konnte also gar nicht nachprüfen, ob das Brot bei sinkenden Getreidepreisen billiger wurde. Jedoch gelang es der Sozialdemokratie einige Tage später, in das Gesetz über den Vermahlungsgrad die bei dem Brotgesetz abgelehnte Bestimmung über den Verkauf von Brot nach Gewicht hinzubringen.

Das Gesetz ist ein Verjager.

Sowohl das Brotgesetz als auch die Bestimmung über den Brotverkauf nach Gewicht gelten nun bereits 8 Wochen. Es wird daher Zeit, nachzuprüfen, ob durch diese Maßnahmen der Roggenkonsum gestiegen ist. Ueber die Auswirkung des Brotgesetzes hat in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ Vorkath Kleppig interessante Angaben gemacht. Auf Grund von Umfragen bei den einzelnen Konsumvereinen kommt Gen. Kleppig zu dem Ergebnis, daß

„die von den maßgebenden Stellen erträumten Erfolge des Brotgesetzes ausgeblieben sind. Der Roggenbrotabsatz hat durch das Inkrafttreten des Brotgesetzes keine Förderung, sondern eine weitere Beeinträchtigung erfahren. Die Verbraucher lehnen es heute mehr denn je ab, sich die Beschaffenheit des zu genießenden

Brot vorzuschreiben zu lassen. Die Forderungen des Brotgesetzes aber bedeuten einen unverantwortlichen Angriff auf die gute Beschaffenheit des wichtigsten Nahrungsmittels der breiten Volksschichten, des Brotes. Ein großer Teil der Verbraucher verzichtet lieber auf den Genuß von Roggenbrot, als daß er sich in die Zwangsjacke des durch das Brotgesetz geadelten „Mischbrot“-Verbrauchers stecken läßt.“

Welches sind nun die Gründe für das Versagen des Brotgesetzes? Bisher verteilte sich der gesamte Roggenmehlverbrauch zu 70 Proz. auf Roggenmehl, das 65- bis 82prozentig ausgemahlen war. Je 10 Proz. entfielen auf Roggenauszugmehl und auf Roggenschrotmehl. Jetzt darf aber der Roggen nur bis zu 60 Proz. ausgemahlen werden. Das aus diesem Mehl gebadene Brot hält sich aber nicht so frisch wie das aus 70prozentigem Mehl gebadene. Schon am Morgen ist das am vorhergehenden Nachmittag gebadene Brot alt und zum Verkauf vielfach ungeeignet.

Die meisten Bäckerlehren sich daher nicht an die Vorschriften des Brotgesetzes, sondern backen ihr altes Mischbrot weiter, das nur zu einem geringeren Teil aus Roggenmehl besteht. In den Konsumvereinen und Brotfabriken dagegen, die sich an die neuen Bestimmungen halten, führte die Befolgung des Brotgesetzes zu einer beträchtlichen Einschränkung des Roggenbrotkonsums.

Auch in den Mühlen erfolgen dauernde Verletzungen des Brotgesetzes, da ihre Kundenschaft, das Bäckergewerbe, Roggenmehl nur in der allgemöhten Beschaffenheit verlangt. Die Einhaltung des Gesetzes ist für die Bäder und die Mühlen aber völlig gefahrlos, da Ueberwachungseinrichtungen über die Verwendung von nur 60prozentig ausgemahltem Roggenmehl Millionen kosten würden, die selbstverständlich weder vom Staat noch von den Gemeinden aufgebracht werden können.

Der „Erfolg“ des Schiele'schen Brotgesetzes wirkt sich also in einer Verschlechterung des Roggenbrotes aus. Das Brotgesetz erhöht daher nicht den Roggenkonsum, sondern es verringert ihn. Es hat nicht den geringsten wirtschaftlichen Nutzen, weder für die Landwirtschaft, deren Roggenabsatz durch die Brotverschlechterung verkleinert wird, noch für die Arbeiter und die Konsumenten gebracht.

herr Schiele sollte daher den Mut aufbringen, das Brotgesetz möglichst bald wieder verschwinden zu lassen.

Statt dessen beabsichtigt er, wie neulich auf einer Konferenz der Kartoffelinteressenten mitgeteilt wurde, zwangsweise die Beimischung von Kartoffelmehl zum Brotmehl anzuhängen. Es kann nicht früh genug gegen diese neuen Brotverschlechterungspläne Widerspruch erhoben werden. Die Erinnerung an das mit Kartoffelmehl gestreute Kriegsbrot sollte genügen, um diese abenteuerlichen Pläne von vornherein zu begraben.

nationalen Kapitalumschlags zu verbessern. Die nächste Verwaltungsratsitzung ist am 10. November in Basel.

Ueber 7 Milliarden Mark.

Sowjet Union meldet die Steuerstatistik für die deutschen Bäder und Fleischer.

Das Statistische Reichsamt hat für die Zeit von 1925 bis 1927 einige Ziffern über den Umsatz steuerlich erfahter Bäckereien und Schlächtereien in Deutschland veröffentlicht, die erkennen lassen, wie ungeheuer groß die Bedeutung der Mehlverarbeitung und der Befriedigung des Fleischbedarfs in der Volkswirtschaft ist. 1925 gab es 94 180, 1927 gab es 99 874 besteuerte Bäckereibetriebe. Deren Umsatz ist von 2080 auf 2524 Millionen Mark in diesem Zeitraum gestiegen. Es gab 1925 Fleischereibetriebe 79 612, und 1927 waren es 81 164. Der Umsatz der Fleischereien hat sich von 1925 bis 1927 von 3463 auf 4406 Millionen gesteigert. Die Umsatzsteigerung betrug bei den Bäckereien 21,35 und bei den Fleischern 27,23 Prozent. Zusammen handelt es sich hier um einen Umsatz von über 7 Milliarden, da nicht alle Umsätze nach amtlicher Angabe erfasst sind.

Opel und die Fahrradkonvention.

Die Begründung des Außenseiterstandpunktes.

In unserer gestrigen Meldung über die Gründung einer Fahrradkonvention hatten wir bereits mitgeteilt, daß der größte Fahrradfabrikant in Deutschland, die Opelwerke A.-G., sich der neuen Preiskonvention nicht angeschlossen hat.

Die Verwaltung der Opelwerke erklärt hierzu, daß eine Beteiligung an dieser Verbandsgründung überflüssig gewesen sei, da Opel in letzter Zeit bereits eine Neuorganisation des Fahrradverkaufes vorgenommen habe. So wurden nicht nur neue Verkaufsbedingungen für die Händler festgelegt, sondern es erfolgte zugleich auch eine Neuregelung der Preise für die Verbraucher. Diese Bedingungen sollen den Händlern ein gesundes Geschäft und den Konsumenten die Räder in ganz Deutschland zu gleichen Preisen und Bedingungen sichern. Ein lädenloses Reverssystem sorge für die Durchführung der Bestimmungen. Dieser Erklärung wird noch hinzugefügt, daß die Meldungen über beabsichtigte Einstellung der Fahrradfabrikation bei Opel jeder Grundlage entbehren. Vielmehr sollen die vorhandenen Fabrikationseinrichtungen stärker als bisher ausgenutzt und die Umsätze mit Hilfe der neuen Verkaufsorganisation beträchtlich gesteigert werden.

Die Opelwerke stellen sich also, das geht aus dieser Erklärung deutlich hervor, auf Kampf im Fahrradgeschäft ein. Ob unter diesen Umständen der neugegründeten Preiskonvention ein langes Leben beschieden sein wird, muß uns so eher bezweifelnd werden, da die meisten Großfabrikanten im Fahrradbau gleichfalls Außenseiter geblieben sind. Hierzu gehören natürlich die freigeberischen Werke, für die ein Ansehens an den neuen Verband von vornherein nicht in Frage kam, ferner die Victoria-Werke, Herkuleswerke, Triumphwerke und Marswerke, die sämtlich in Nürnberg liegen, sodann die Köln-Lindenthaler Metallwerke, Wanderer, Adler, Alexander und Raumannwerke. Diese Werke allein, ohne Opel und Duxcar, vereinigen eine

jährliche Produktionsleistung von annähernd 250 000 Fahrrädern auf ihre Betriebe, während die in der Konvention vereinigten Werke nur etwas mehr als die Hälfte dieser Leistungen einbringen können. Bei einer Fortsetzung der bisherigen Abschottung in der Fahrradindustrie sieht also die Fahrradkonvention in fast aussichtslosem Kampfe gegen die starken Außenseiter.

Aluminium endlich billiger?

Rästel um die Londoner Kartellfigura.

Heute findet in London eine Sitzung des Präsidiums des europäischen Aluminiumkartells statt, in der über die Frage einer Preislenkung Bescheid gefaßt werden wird.

Von deutscher Seite (Bereinigte Aluminium-Werke) liegt ein Antrag vor, den europäischen Preis für die Tonne von 1900 auf 1600 bis 1700 Mark zu senken. Wird der Antrag angenommen, so werden die Preise also um reichlich 10 bis 15 Prozent heruntersinken. In demselben Fall wird dafür zu sorgen sein, daß die Aluminiumverarbeiter und ebenso der Handel sich diesem Preisnachlaß anpassen, damit dem Endverbraucher die Verbilligung in vollem Umfang zugute kommt.

Zur Zeit ist das Aluminium dasjenige Metall, das sich am wenigsten der Preisentwicklung des Jahres angepaßt hat. Verglichen mit den Vorkriegspreisen (1909/13 = 100) hatten nach den Aufstellungen der „Metallwirtschaft“ am 1. Oktober die Preise der Nichteisemetalle folgende Höhe:

Kupfer	— 27,9
Eisen	— 2,3
Zinn	— 40,4
Zink	— 30,0
Aluminium	+ 32,0
Nickel	+ 7,7
Antimon	— 20,0

Der verhältnismäßig hohe Stand der Nickelpreise ist eine Folge davon, daß dies Metall zu 90 Prozent von einer einzigen Firma, nämlich der vom britischen Chemietrust kontrollierten International Nickel Co., gemonnen wird. Auch für Aluminium gelten Monopolpreise, da die europäischen Produzenten in einem internationalen Kartell zusammengeschlossen sind, das die Preisfestlegung bindet.

Die Aluminiumproduktion der Welt stieg von 49 000 Tonnen im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf 264 000 Tonnen im Jahre 1929. Auf jeden Fall dürften sich die Herstellungskosten gegenüber den Vorkriegsverhältnissen (auch unter Berücksichtigung der Geldentwertung) nicht erhöht, sondern vermindert haben. Maßgebend für die Kosten ist vor allem der Elektrizitätspreis, werden doch für jede erzeugte Tonne Aluminium nicht weniger als 25 000 Kilowattstunden verbraucht. Die reichseigenen deutschen Aluminiumwerke, die 80 Prozent der deutschen Produktion stellen, beziehen ihren Strom von konzernverbundenen Werken und dürften zu niedrigeren Sätzen beliefert werden, zumal die Ausnutzung der hierfür bereitgestellten Anlagen verhältnismäßig 8000 Stunden jährlich erreicht und überstiegen hat.

Durch die starken Preisrückgänge für Kupfer haben sich die Wettbewerbsmöglichkeiten für Aluminium verringert, und die jetzige Flaute auf dem Aluminiummarkt, die Verkürzung der Arbeitszeit in der Aluminium-Elektrolyse-Abteilung in Senftenberg (Bereinigte Aluminium-Werke A.-G.) von 8 auf 6 Stunden sind nicht nur Auswirkungen der Krise im allgemeinen, sondern eine Folge der sich fast täglich vergrößernden Preisrelation zwischen Aluminium und Kupfer.

Alle wirtschaftlichen Momente sprechen dafür, daß der Aluminiumpreis sich der Preisentwicklung der übrigen Metalle anpassen muß. Dennoch scheint es zur Stunde noch nicht sicher zu sein, ob dem deutschen Antrag stattgegeben wird. Die französische „Agence économique et financière“ bringt soeben aus London die Meldung, daß man in englischen kompetenten Kreisen nicht glaubt, daß die bevorstehende Preislenkung eine Preislenkung in dem oben genannten Ausmaß beschließen wird. Vielleicht wollen einige englische und französische Produzenten aus der noch relativ günstigen Aluminiummarktlage in ihren Ländern Profit ziehen. Es wird Sache der deutschen Vertreter sein, sich diesen Gruppen gegenüber auf alle Fälle durchzusetzen. Die Aluminiumpreise müssen schon aus Absatz- und Konkurrenzgründen herunter.

Stärkere russische Käufe in Deutschland

Wie die russische Handelsvertretung in Berlin mitteilt, erreichten nach den jetzt vorliegenden Gesamtziffern die Bestellungen der Sowjethandelsorgane in Deutschland in dem jetzt abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1929/30 den Betrag von 220,3 Mill. Rubel gegenüber 195,3 Mill. Rubel im vorhergehenden Wirtschaftsjahr und 199,7 Mill. Rubel im Jahre 1927/28. Es ist also eine Steigerung von rund 34 Mill. Rubel gegenüber dem Vorjahre eingetreten. Die tatsächliche Steigerung dürfte jedoch noch höher sein, da in den diesjährigen Bestellungen die unmittelbar von den Sowjetbehörden bestellten Importvereinbarungen aus erteilten Aufträgen nicht enthalten sind, während im vergangenen Jahr noch alle Bestellungen durch die Sowjethandelsorgane in Deutschland erteilt wurden.

Die Aufträge des abgelaufenen Jahres sind durch steigenden Anteil der Maschinen und Einrichtungen gegenüber den Rohstoffen und Halbfabrikaten gekennzeichnet. So stiegen die Aufträge für industrielle Anlagen und Maschinen von 12,3 auf 41,7 Mill. Rubel, für Werkzeugmaschinen von 14 auf 28,2 Mill. Rubel und die Elektro-Einfuhr von 14,0 auf 35,6 Mill. Rubel. Verhältnismäßig wenig ist die chemische Einfuhr von 20,3 auf 23,4 Mill. Rubel gestiegen.

„Wirtschaftsankurbelung“ durch Nazis.

Wie gemeldet wird, sind bei den Versicherungsgesellschaften in Berlin im Anschluß der in der Leipziger StraÙe erfolgten Schaukastenzertrümmerungen so viele Anträge der Geschäftswelt auf Schadenversicherungen eingegangen, daß von einer Hochflut in diesem Zweige der Versicherung gesprochen werden kann. — Die Glasindustrie bucht für 50 000 Mark Aufträge.

Preislenkung in der Fischkonservenfabrik. Der sozialdemokratische Ernährungsminister Bachmann bereitet eine große Preislenkungsaktion vor. Das Ziel ist zunächst, die Kleinhandelspreise den Großhandelspreisen anzupassen. Die Preislenkung soll alle Gebrauchsartikel umfassen. Durch ein besonderes Gesetz soll die genaue Ueberprüfung der Kosten aller lebenswichtigen Erzeugnisse ermöglicht werden.

Zum Anklagen zu vornehm.

Maschinenfabriken durch zu hohe Rohstoffpreise. — Die Maschinenindustrie im September.

Der Verein deutscher Maschinenbauanstalten meldet für den Monat September eine weitere erhebliche Verschärfung der Lage der in ihm vertretenen Industrien. Anfragen und Aufträge sind gegenüber dem Monat August sowohl im Inland als im Auslandsgeschäft noch weiter zurückgegangen. Der Beschäftigungsgrad lag noch wenig über 50 Proz. Einigenmaßen gehalten haben sich im September nur die wertmäßig nicht ausschlaggebenden Industrien für die Herstellung von Pumpen und von Zanderindustriemaschinen. Im dritten Quartal 1930 lag der Auftragsseingang etwa um 12 Proz. unter dem des zweiten Quartals und etwa um 35 Proz. unter dem des gleichen vorherigen Quartalsjahres. Gemessen an der geleisteten Arbeiterstundenzahl sank der Beschäftigungsgrad von Januar bis September 1930 von 63 auf 52 Proz., nachdem er im dritten Vierteljahr 1929 noch rund 69 Proz. betragen hatte.

Der VDMB veröffentlicht hier ein rechties Klagegedicht, das wohl auch begründet sein mag. Wir hätten gern etwas gehört über die Entwicklung der Konkurrenzfähigkeit in den letzten Monaten, besonders gegenüber der ausländischen Industrie. Gerne auch etwas über den erheblichen Rückgang der Beschäftigung, soweit die Ursachen dafür in den durch deutsche Kartelle hochgehaltenen Rohstoffpreisen (Eisenprodukte, Brennstoffe, Oele usw.) liegen. Die beiden Reichsverbände der Eisen- und Stahlwarenindustrie haben in den letzten Tagen offen erklärt, daß die hohen deutschen Eisenpreise für ihre Konkurrenzfähigkeit einfach ruind gemacht sind. Der VDMB hat in seiner Zeitung seinere Herren, die sich offenbar immer noch nicht getrauen, über die Wirkung der deutschen Kartellpreise auf die Konkurrenzfähigkeit der Maschinenindustrie öffentlich ein Wort zu sagen. Sie sind zu vornehm dazu und fühlen sich geehrt, wenn die Herren von der Schwerindustrie, mit denen sie ja gegen die Arbeiterkämpfe am gleichen Strick ziehen, ihnen freundschaftlich auf die Schulter klopfen. Die Maschinenpreise in Deutschland bleiben unerhöht hoch, nicht zuletzt auch deshalb, weil die deutschen Rohstoffpreise nicht gesenkt werden. Die Herren vom VDMB, fernem in der Öffentlichkeit aber nur einen Sturmlauf gegen die Löhne. Inzwischen steigen die Arbeiter auf die Straße. Wie lange noch, meine Herren vom VDMB? Soll der Ansehens an eine Besserung in der Weltwirtschaft durch Ihre Schuld wirklich verjährt werden?

Internationale Kapitalwirtschaft.

Die Verwaltungsratsitzung der B33

In der Verwaltungsratsitzung vom 12. und 13. Oktober hat die Bank für Internationale Zahlungen in Basel den Antrag einer Beteiligung der Bank von Elsass an B33-Kapital angenommen, die Personalordnung und die Voranschläge für die Verwaltungskosten genehmigt und einen endgültigen Bericht über die Young-Anleihe von 1930 entgegengenommen. Der Verwaltungsrat hat die Bankleitung ermächtigt, mit den großen Notenbanken neue Erleichterungen zu erwägen, um die Möglichkeit des Zahlungsausgleichs und des inter-

Krisenfürsorge für Bedürftige.

Die Neuregelung ab 3. November.

In Zukunft wird mit Rücksicht auf die allgemeine Verschlechterung des Arbeitsmarktes die Krisenfürsorge wieder den Angehörigen aller Berufsgruppen gewährt, und zwar in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern ohne besondere Zulassung, in den übrigen Gemeinden nach Anordnung der Vorsitzenden der Landesarbeitsämter. Ausgeschlossen sind nur die Berufsgruppen „Landwirtschaft“ (mit Ausnahme der landwirtschaftlichen Angestellten) und „häusliche Dienste“. Die bisherigen Zulassungen bleiben bestehen, auch in Gemeinden unter 10 000 Einwohnern.

Mit Rücksicht darauf, daß dem Reiche für die Krisenfürsorge nur beschränkte Mittel zur Verfügung stehen, konnte nach der Darstellung des Reichsarbeitsministeriums diese Maßnahme nur durchgeführt werden, wenn gleichzeitig gewisse Einschränkungen des Personaltreffes innerhalb der zugelassenen Berufsgruppen,

eine Verkürzung der Dauer und eine Neuregelung der Leistungen vorgenommen wurden.

Arbeitslose unter 21 Jahren können wie bisher keine Krisenunterstützung erhalten. Sie wird in Zukunft nur Personen gewährt, die aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuert sind und zwar muß bei Neuzulassungen die Aussteuerung nach dem Inkrafttreten der neuen Vorschriften erfolgt sein.

Die Höchstdauer der Unterstützung beträgt 32 Wochen oder — bei über 40 Jahre alten Personen —

45 Wochen. Nur wirklich Bedürftige sollen Unterstützungen, wie sie der Not der Zeit entsprechen, erhalten. Im übrigen ist Vorsorge getroffen, daß sich der Übergang zu der neuen Regelung nach Möglichkeit ohne Härten vollzieht.

Diese Neuregelung der Krisenfürsorge ist ein neuer Beweis dafür, wie sehr unter der Regierung Brüning die Sozialpolitik hinter der Finanzpolitik zurücktreten muß. Dieser unmögliche Zustand hat dazu geführt, daß das Reichsarbeitsministerium das Leistungsniveau der Krisenunterstützung verschlechterte. Früher haben sich nur die obersten Lohnklassen geringere Unterstützungsätze gefallen lassen müssen, jetzt tritt eine allgemeine Senkung des Leistungsniveaus ein, und das, obwohl die

Gesamtzahl der Krisenunterstützten rund 1 Million

beträgt. Die Folge ist, daß nun fast allgemein Zusatzunterstützungen durch die Wohlfahrt der Gemeinden notwendig werden. Da der Finanzminister dem Reichsarbeitsminister nur 100 Millionen für die Neuregelung der Krisenunterstützung zur Verfügung stellte, müssen die bisher bereits Unterstützten ihren fargen Bissen Brot nun auch noch mit den neu Zugelassenen teilen.

Die Unterstützungssätze sinken unter die der Wohlfahrt, während zugleich die Bestimmungen für die Bedürftigkeitsprüfung so verschärft werden, daß sie an die der öffentlichen Fürsorge herankommen. Mit der einen Hand gibt man, mit der anderen nimmt man.

Solidarität mit den Metallarbeitern.

Vertreterversammlung des IFA-Ortsartikels.

In der ordentlichen Vertreterversammlung des Berliner IFA-Ortsartikels am 13. Oktober, die die Delegierten aller Berliner IFA-Gewerkschaften vereinigte, gab der geschäftsführende Vorsitzende, Genosse Erich Klatau, den Arbeitsbericht für das vergangene Vierteljahr. Er berührte wichtige Fragen der Arbeitslosenversicherung und des Betriebsratensystems. Im besonderen ging er auch ausführlich ein auf die Wirkungen der Wahlen vom 14. September, sowie auf die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge der gegenwärtigen Situation, als deren besonderes Merkmal er den Metallarbeiterkampf kennzeichnete.

In diesem Kampfe mühten Arbeiter und Angestellte in Solidarität und Kameradschaftlichkeit zusammenstehen in der Erkenntnis, daß es sich hier nicht um Differenzen einer einzelnen Fachgruppe handele, sondern um die Abwehr des brutalen Machtmissens des übermächtig gewordenen deutschen Unternehmertums.

Der Vorsitzende des IFA-Ortsartikels, Genosse Robert Redom, schilderte die Entwicklung der Differenzen in der Metallindustrie, die in ihrer scharfen Zuspitzung auf dem Verhandlungswege nicht mehr auszugleichen waren. Er hob hervor, daß er als Metallarbeiter und als Vertreter der im IFA zusammengeschlossenen Berliner Arbeitergewerkschaften von allen IFA-Kollegen in der Metallindustrie die Beachtung strengster Solidarität erwarte.

Die Vertreterversammlung ließ den einmütigen Willen erkennen, alles zu tun, damit der Metallarbeiterkampf mit aller Energie siegreich durchgeführt werden kann. In Erkenntnis des Ernstes der Gesamtlage erteilte die Vertreterversammlung auf Vorschlag des Versammlungsführers, Genossen Hugo Petersdorff, einstimmig den beiden Ortsartikelsvorsitzenden Vollmachten zur Durchführung bestimmter notwendiger werdender Maßnahmen.

Lüchtige Betriebsleiter.

30 Mann mußten 70 bis 80 Stunden arbeiten.

Vor dem Strafrichter in Spandau hatten sich der Fabrikdirektor Karl Wolf und der Oberingenieur Karl Born vom Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf wegen Vergehens gegen das Arbeitszeitgesetz zu verantworten.

Sie haben eine Arbeitergruppe von 30 Mann wöchentlich 70 bis 80 Stunden arbeiten lassen. Die Herren suchten sich damit herauszureden, daß die Ueberstunden „Notstandsarbeiten“ gewesen seien. Produktive Arbeit hätten die Arbeiter nur acht Stunden täglich gearbeitet. Die Ueberstunden seien unproduktive Arbeiten gewesen. Die Arbeiter hatten nach ihrer produktiven Arbeit „nur“ Flachisenstäbe in Röhre zu verladen.

Das Werk habe Ende März einen Auftrag aus Japan erhalten. Die Zeit sei knapp gewesen, um die 1000 Tonnen Flachisen mit einem bestimmten Ozeandampfer von Hamburg abgehen zu lassen.

Der Vorsitzende machte dem als Sachverständigen geladenen Gewerker Rat Rhode den Vorschlag, seine Zustimmung zu den Ueberstunden zu geben, damit das Verfahren nach § 153 der StPO. eingestellt werden kann.

Der Gewerker blieb fest und lehnte dieses Ansuchen ab. Den als Zeuge geladenen Arbeiterratsvorsitzenden Rippers fragte der Vorsitzende: „Sie haben die Anzeige erstattet? Haben Sie sich aus politischen Beweggründen zu der Anzeige entschlossen?“ Antwort: „Nein, ein Teil der Arbeitkollegen wollten keine Ueberstunden leisten, weil eine ganze Schicht Fadarbeiter seit 1½ Jahren in Hennigsdorf arbeitslos ist. Die Arbeiter des Walzwerks haben sich an ihn als ihren gesetzlichen Vertreter gewandt, damit ihre Namen dem Werk nicht bekannt werden. Sonst wären sie nach Fertigstellung des Auftrags entlassen worden.“ Der Zeuge schilderte dann die Ueberstunden, die sich bis auf 13 Stunden täglich samt der „produktiven“ Arbeit erstreckten.

Auf mündliche Verhandlungen ließ die Vertretung sich mit ihm nicht ein, so daß er gezwungen war, Anzeige an den Gewerker Rat zu erstatten. Der Gewerker Rat führte aus, die Sachverständigen hätten seine Ratsschlüsse nicht befolgt und Arbeitslose nicht eingestellt. Das Hennigsdorfer Arbeitsamt habe ihm erklärt, daß die Vertretung nie das Arbeitsamt in Anspruch nimmt, im Gegenfall zur StPO. Da die Vertretung seine Vermittlung entschieden ablehnte, habe er als Gewerker Rat das Arbeitszeitgesetz mit allen Mitteln zu vertreten. Er müsse daher gegen die Einstellung des Verfahrens wenden und Bestrafung fordern.

Der Vorsitzende meinte bedauernd, daß er dann nicht anders könne. Das Gesetz sei scharf, die zweite Bestrafung lasse nur Gefängnis zu. Der Herr Direktor und sein Oberingenieur griffen den Gewerker Rat scharf an, worauf dieser den Herrn Oberingenieur gerade als denjenigen bezeichnete, der sich den gesetzlichen Bestimmungen nicht fügt und bereits mit 100 M. wegen Sonntagsarbeit bestraft wurde.

Das Urteil lautete auf je 200 M. Geldstrafe oder zehn Tage Gefängnis. Nun, 400 M. sind bei dem Geschäft wohl noch übrig. Den beiden Herren im Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf muß gehörig auf die Finger gesehen werden, damit sie sich schließlich doch noch dazu herablassen, die gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen zu beachten.

Die Arbeitszeit im Ruhrbergbau.

Bochum, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Die ersten Verhandlungen über die Arbeitszeit im Ruhrbergbau, die durch die Kündigung des Mehrarbeitsabkommens durch die Gewerkschaften notwendig geworden sind, gehen am Montag, dem 20. Oktober, in Essen vor sich.

Bei Krupp sollen 4000 fliegen.

Bochum, 14. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Firma Krupp in Essen wird, falls sich die Abblage in den nächsten Wochen nicht bessert, außer den schon gekündigten 2500 Arbeitern weitere 1500 Arbeiter der Nebenbetriebe der Essener Gußstahlfabriken entlassen.

Die Entlassungen in den Hilfsbetrieben und mechanischen Werkstätten sind „vorsorglich“ beantragt, falls nicht in den nächsten Wochen Aufträge eingehen.

Die RGD. bei Lindström.

Eine gründliche Abrechnung.

Bei der letzten Arbeiterratswahl wurden neun Kandidaten der freigewerkschaftlichen Liste in den Arbeiterrat gewählt, außerdem auf einer besonderen Liste 2, die zwei Kandidaten der „Opposition“, die in einer revolutionären von sechs Mann besetzten Belegschaftsversammlung aufgestellt waren. Wochenlang vorher war eine unerhörte Hege gegen die Funktionäre und besonders gegen den aus der RGD. ausgeschlossenen Vorsitzenden des Arbeiterrats Slogger betrieben worden, mit dem Erfolg, daß viele Arbeiter auf die „Karte-Lindström-Schallplatte“ hörten, so daß bei der Wahl die Liste 2 fast die Hälfte der Stimmen erhielt.

In der konstituierenden Arbeiterratsversammlung wurden den Radikalfunktionären Slogger und Kuschewski der Vorsitz übertragen. Ihre erste Tat war die Wahl eines kommunistischen Kampfausschusses und von Delegierten zu einer RGD-Konferenz. Die Einreichung der kommunistischen Forderung von 20 Prozent Lohnerhöhung, Siebenfundentag, Lohnausgleich usw. die Bremse vor der Direktion nicht einmal vertreten konnte, hatte zur Folge: Kurzarbeit und Entlassung von 400 Mann. Bremse forderte Ablehnung der Kurzarbeit ohne Lohnausgleich. Die Belegschaft machte ihm jedoch einen Strich durch die Rechnung. Der Betriebsrat legte sich ins Mittel und die „Reformisten“ verhinderten die Entlassung von 120 Mann. Bremse aber verstand es, seinen Durchschnittsforderdienst nicht nur um 20 Prozent, sondern gleich um 40 Prozent, d. h. von 1,34 M. (bei 84 Pf. Stundenlohn) auf 1,89 M. zu steigern.

Das Treiben der „Revolutionäre“ führte dazu, daß in einer Arbeiterratsversammlung Bremse und Kuschewski ihrer Funktionen enthoben und die Vorsitzenden neu gewählt wurden.

Den „reformistischen“ Betriebsräten sollte nun in der jüngsten Betriebsversammlung die Maske vom Gesichte gerissen werden.

Doch trotz des „revolutionären“ Lobens und Brüllens der RGD-Leute und ihres Anhangs konnte doch I vom Metallarbeiterverband sein Referat über die Kündigung des Lohnarbeits halten und fand mit seinem Appell an die Versammlung, sich angesichts des bevorstehenden Kampfes nicht auseinanderreißen zu lassen, größten Beifall.

In der Aussprache verzapfte Kuschewski seine politischen Tiraden und behauptete, der Betriebs- und Arbeiterratsvorsitzende Slogger habe mit dem Betriebsleiter Baumhoffer Rauch mitten in einer Abteilung Bier getrunken. Diese Behauptung wurde von den anwesenden Vertretern der Firma zur Notiz genommen. Auch Bremse lehrte noch seine RGD-Maske ab. Der Betriebsratsvorsitzende Slogger rechnete mit diesen Heiden gründlich ab. Die in großer Erregung auseinandergehende Versammlung führte zu einem Nachspiel.

Im nächsten Tage wurden auf Grund des stenographischen Berichts der Betriebsleitung Bremse und Kuschewski von dieser zur Rede gestellt und am anderen Nachmittag fristlos entlassen wegen unwahrer Behauptungen und politischer Propaganda im Betrieb.

Die daraufhin eingeleitete Protestaktion der „Revolutionäre“ verlief im Sande. Die erste Protestversammlung mit sechs Mann lief ins Wasser, eine zweite, durch Betriebsbremse auf 23 Mann verstärkt, diente Bremse zu Schimpfepfeifen und der Androhung einer „proletarischen Abrechnung“ für Slogger.

Im Betriebe rührte sich nicht eine Hand für die beiden „Revolutionäre“, die bei Lindström ausgespielt haben.

Die Arbeiterklasse wird aus dem zweifelhaften Erfolg des „revolutionären“ Treibens bei Lindström hoffentlich die Lehre ziehen, daß mehr denn je die gewerkschaftliche Geschlossenheit in allen Betrieben unerlässlich ist.

Ein „proletarischer Betrieb.“

Aber keine gesetzliche Betriebsvertretung.

Im Kosmosverlag, der die kommunistischen Zeitungen „Welt am Abend“ und „Berlin am Morgen“ herausgibt, ist es den Arbeitern unmöglich gemacht, den Entlassungsbescheid, den das Betriebsrätegesetz gewährt, in Anspruch zu nehmen. Diese Tatsache wurde vor dem Arbeitsgericht anlässlich eines von einem entlassenen Vater geführten Prozesses festgestellt.

Der Kläger war Mitglied der RPD. Er ist aus der Partei ausgeschlossen und bald darauf auch aus seiner Arbeitsstelle beim Kosmos entlassen. Der Betriebsrat hat den Einspruch des Vaters gegen seine Entlassung abgelehnt. Der Kläger fordert Schadenersatz vom Betriebsrat, weil dieser durch Verletzung des Betriebsrätegesetzes zu seinem ablehnenden Beschlusse gekommen sei.

Wie der Betriebsrat im Kosmosverlag zustande gekommen ist, das blieb ziemlich unklar. Das er steht fest: Gewählt ist er nicht! Es soll zwar ein formelles Wahlverfahren eingeleitet, eine Kandidatenliste ausgehängt und keine Gegenliste eingereicht sein, so daß die Vorschlagsliste als gewählt zu gelten habe. Aber wer weiß, ob es wirklich so gewesen ist. Der Vorsitzende des Betriebsrats behauptet es, nachgeprüft konnte es nicht werden. Daß die Mitglieder des Betriebsrats alle inlenentreue Kommunisten sind, ist sicher. Deshalb glaubt auch der Kläger, daß ihm Unrecht widerfahren sei, denn er sei lediglich deshalb entlassen, weil ihn die RPD. ausgeschlossen hat.

Expedit Fieber, der doch in seiner Stellung die Interessen der Firma zu vertreten hat, ist trotzdem Vorsitzender des Betriebsrats. In dieser Eigenschaft vertrat er vor Gericht den beklagten Betriebsrat und versichert, im Kosmosverlag werde niemand gefragt, ob er Mitglied der RPD. sei oder nicht. Tatsächlich gebe es sowohl in der Redaktion wie im technischen Personal Leute, die nicht Kommunisten sind. Der Verlag sei ein proletarischer Betrieb, der nach proletarischen Grundgesetzen verfare.

Wie leicht soll es auch den „proletarischen Grundgesetzen“ entsprechen, wenn man im Kosmosverlag den gesetzlichen Bestimmungen über die Betriebsvertretung nicht Folge leistet. Der Betriebsrat, wenn man ihn so nennen darf, hat nämlich beschloffen, weder einen Arbeiter- noch einen Angestelltenrat zu bilden, sondern die Geschäfte der Gruppenräte selbst zu besorgen.

Nach dem Betriebsrätegesetz kann ein Arbeiter nur beim Arbeiterrat Einspruch gegen seine Entlassung erheben. Der Betriebsrat ist dafür nicht zuständig. Da aber ein Arbeiterrat im „proletarischen Betriebe“ des Kosmos nicht besteht, so hatte der Kläger rechtlich keine Möglichkeit, Einspruch einzulegen, seine Klage war deshalb aussichtslos und wurde zurückgezogen.

Es besteht also der Zustand, daß im Kosmosverlag kein Arbeiter und kein Angestellter gegen seine Entlassung Einspruch erheben oder vor Gericht klagen kann. Das Recht, das der Arbeiter in jedem kapitalistischen Betriebe hat, das ist ihm in dem „proletarischen Betriebe“ des Herrn Münzberg genommen.

Betriebsratung Betriebsrat Hindenburg. Heute, 19. Uhr, bei Tempel, Gubstr. 7, Besprechung der beim Betriebsrat beschlossenen SPD-Arbeiter, Angestellten und Beamten, Genosse Hans Richter spricht über „Die politische Lage und die Arbeitnehmerschaft der öffentlichen Betriebe“. Compagnierende sind ebenfalls herzlich eingeladen.

Berliner Gewerkschaftsschule.
In dieser Woche beginnen noch folgende Kurse:
1. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsfunktionäre vom Betrieb und von der Wirtschaft wissen? Lehrer: Richard Schulz, Beginn: Montag, Donnerstag, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbindervereinandes, Engelstr. 24-25, Aufgang C, III Treppen.
2. Arbeitsrechtliche Gruppe für Kaufleute. Lehrer: Dr. Fritz Schäfer, Beginn: Montag, Donnerstag, 19 Uhr, im Sophien-Lyceum, Weinmeisterstr. 16-17.
3. Die deutsche und internationale Gewerkschaftsbewegung. Lehrer: Hermann Schlimmer, Beginn: Montag, Donnerstag, 19 Uhr, im Vereins-Gemerkhaus, Berlin, Engelstr. 24-25.
4. 12. Vorkursus für Sozial- und Gewerkschaftler. Lehrer: Dr. med. Herbert Bartz, Beginn: Montag, Donnerstag, 19 Uhr, im Seminar-saal des Englischen Instituts, Dortheimstr. 23.
5. Biergebühren für jeden Kursus, für je 10 Abende, 2 Mark. Arbeitslohn sind vom Kursus bezahlt. Anmeldungen bei Beginn der Kurse aber in den Vorberatungssprechstunden Montag und Freitag von 16 bis 19 Uhr aber schriftlich an die Berliner Gewerkschaftsschule, Engelstr. 24-25, 2. Stock, Zimmer 20.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin
Heute, Mittwoch, 19. Uhr, tagen die Gruppen: Baumhüttenweg: Jugendheim Ernststr. 16, Unterhaltungsabend. — Schönehauser: Jugendheim Ernststr. 16, Vortrag: „Wir, die Arbeiter und die gelben Gewerkschaften“. — Kottbus: Gruppenheim Bergstr. 29, Hofstr. — Barum: „Was ist die Jugendbewegung?“ — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Weg 11 (Haberstraße), Kabarett auf Schallplatten. — Jungfernhayn: Jugendheim Jungfernhayn, Jungfernhaynstr. 60, Vorträge: Einführung in die Arbeiterbewegung. — Köpenick: Gruppenheim Köpenicker Weg 11. Die Wahlen gehalten den Abend aus. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Weg 11. Vorträge: „Was ist die Jugendbewegung?“ — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Weg 11. Vorträge: „Was ist die Jugendbewegung?“ — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Weg 11. Vorträge: „Was ist die Jugendbewegung?“

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten
Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: Ostendeburg: Jugendheim Ostendeburg, 19. Uhr, Vortrag: „Jugendbewegung und Jugendbewegung“. Referent: Paul Mamm. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Weg 11 (Haberstraße), Vortrag: „Was ist die Jugendbewegung?“ Referent: Otto Hoffmann. — Charlottenburg: Jugendheim Köpenicker Weg 11. Vortrag: „Was ist die Jugendbewegung?“ Referent: Wilhelm Kottbus. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Weg 11. Vortrag: „Was ist die Jugendbewegung?“ Referent: Wilhelm Kottbus. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Weg 11. Vortrag: „Was ist die Jugendbewegung?“ Referent: Wilhelm Kottbus. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Weg 11. Vortrag: „Was ist die Jugendbewegung?“ Referent: Wilhelm Kottbus. — Köpenick: Jugendheim Köpenicker Weg 11. Vortrag: „Was ist die Jugendbewegung?“ Referent: Wilhelm Kottbus.

Ein neuer Mensch durch Wacholder-Medica
das wirksame Blutreinigungsmittel
Packungen von Mk. 1,25 an; Wacholder-Schokolade, der natürliche Wacholder-Extrakt in Schokolade, durch die bewusste Tarifenpackung Mk. 4, in Apoth. und Drogerie, sonst durch Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.

Das unruhige Lateinamerika

Von Henry Kiltredge Horton

70 Staatspräsidenten in 100 Jahren.

Siebzig Präsidenten in hundert Jahren. Dieser Rekord gehört der Republik Bolivien; aber andere südamerikanische Staaten sind nicht allzuweit von ihm entfernt. Dies bedeutet: ein neuer Präsident nach Ablauf von je einhalb Jahren und kaum einer, dessen Machtergreifung sich ohne Revolution und ohne Blutvergießen vollzogen hätte.

Während ihres hundertjährigen Bestandes haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika lediglich einunddreißig Präsidenten, von denen kein einziger auf nicht verfassungsmäßigem Wege zur Regierung gelangte.

Wenn wir nach den Gründen solchen Gegenstandes suchen, müssen wir uns vor allem vor Verallgemeinerungen hüten. Denn auf dem Erdteil Amerika gibt es neben den Vereinigten Staaten nicht weniger als zwanzig Republiken, für die die verschiedensten geschichtlichen und politischen Voraussetzungen gelten.

Dennoch ist eine gemeinsame Ursache in der Geschichte der Staatsgebilde Lateinamerikas zu erblicken, und zwar, so sonderbar es auch klingen mag, die Tatsache, daß die Gebiete südlich vom Rio Grande in kultureller Beziehung weit vorgeschrittener waren als die nördlich gelegenen, als Europa seine Reichsphäre nach Amerika auszudehnen begann.

Revolutionen als Erbe alter Kultur.

Damals lebten auf dem Gebiete der heutigen Vereinigten Staaten und Kanadas lediglich Indianerstämme. Die Engländer, Franzosen, Schweden und Holländer, die nordamerikanischen Boden betreten, fanden überhaupt keine Städte und fast keinen Ackerbau vor. Sie mußten jungfräulichen Boden besiedeln und urbar machen, während die indianische Urvölkerung langsam in ihre Reservationen zurückgedrängt wurde.

Die spanischen Konquistadoren dagegen fanden Zivilisation vor, die in mancher Beziehung der ihren ebenbürtig waren, ja sie übertrafen. Den spanischen Einwanderern oblag nicht die Aufgabe, unbebautes Land zu bebauen. Ihr Ziel war nicht die Ausbeutung der Bodenschätze, sondern die Ausbeutung der Einwohnerchaft des oberen Landes. Nicht als Pioniere und Siedler kamen sie, sondern als Krieger, Eroberer und Herrscher über ein dichtbesiedeltes Gebiet. So gibt es in Lateinamerika von allem Anfang an zwei deutlich voneinander abgegrenzte Klassen: die herrschende spanische oder portugiesische Aristokratie und das ausgebeutete indianische Volk. Die Regierung bedeutete für diese Eroberer lediglich ein technisches Problem: die Reichtümer des neuentdeckten Landes und seiner Bewohner so rasch und vollständig als möglich nach Südamerika nach der herrschenden Halbinsel zu bringen. All die pittoresken Bizkönige und Generalkapitäne bis zu den stolzen Hazienderos wußten sich nur so rasch als möglich bereichern. Der absurde Gedanke, daß eine Kolonialregierung auch den Interessen der einheimischen Bevölkerung zu dienen habe, fiel den neuen Machthabern nicht im entferntesten ein.

Als Napoleon seinen Bruder Joseph auf den Thron Spaniens setzte, sagten sich die in Amerika lebenden Spanier: „Warum sollten wir eigentlich weiterhin den Reichtum dieser Gebiete mit unseren in Europa lebenden Landsleuten, warum sollten wir ihn mit diesem Emporkömmling von einem König, ja warum überhaupt mit irgend-einem, wenn auch legitimen König von Spanien teilen? Warum sollten wir nicht alles selbst behalten?“ Es gab nur eine Schwermertigkeit: die spanischen Garnisonen, die dem Mutterlande treu geblieben waren. In dem nun folgenden Kampfe erstanden Südamerika Männer wie Bolivar und San Martin und andere Freiheitskämpfer, die das Werk, die südamerikanischen Kolonien vom Mutterland politisch unabhängig zu machen, vollbrachten. So wurde Spanien aus allen seinen amerikanischen Kolonien — Kuba und Portorico einstweilen ausgenommen — vertrieben. Wenn damals Bolivar's Pläne verwirklicht worden wären, hätten wir die Vereinigten Staaten von Südamerika gehabt. Aber der Besieger Südamerikas, dem in allen Staaten dieses Kontinents Denkmäler gewidmet sind, starb enttäuscht und verbittert. Kurz vor seinem Tode schrieb er die Worte nieder:

„Dinge, wie Treu und Glauben gibt es in Südamerika nicht; weder unter den Menschen noch unter den Staaten. Verträge sind Papierfetzen und Verfassungen Ansammlungen solcher. Freiheit bedeutet hier Anarchie, und das Leben ist eine Qual.“

Für die indianischen Massen bedeutete die neue Freiheit selbstverständlich nur ein Wort. Sie bedeutete lediglich, daß die einheimischen Ausbeuter sich nunmehr von der Kontrolle der Ausbeuter in Madrid befreit hatten. Die Ausbeutung selbst vollzog sich nach den gleichen Methoden wie früher. Aber die Profite blieben im Lande.

Als der erbliche Monarch und seine Bürdenträger von der Szene getreten waren, tauchte nun das Problem auf, neue Herrscher zu wählen. Kein Angehöriger der herrschenden Klasse hatte im Grunde mehr Anspruch zur Regierung zu gelangen als irgendein anderer. Stand es doch fest, daß jeder die Regierungsgewalt nur dazu benutzen würde, um ungehindert als früher neue Reichtümer für seine Person zu erwerben. Aber weder Ackerbau noch Industrie, weder Handel noch Finanz lockten mehr als die Möglichkeit, sich durch ein öffentliches Amt zu bereichern.

In dem nun folgenden Machtkampf bewährte sich die Tradition der Konquistadoren. Verfassungen wurden für die Bedürfnisse des einzelnen geschaffen. Fast überall ergriffen diejenigen, die über militärische Macht verfügten, nach dem Staatsruder. Rosas schwang sich in Argentinien zum Herrscher auf, Francia nahm Paraguay in Besitz, Sucre begründete Bolivien als privates Herrschaftsbereich, Prieto rief in Chile die Nacht an sich, nachdem er seine Rivalen in blutigem Kampfe geschlagen. Als Bolivar sich aus Peru zurückzog, erklärte sein Stahthalter Sarmiento dieses Gebiet für seine Herrschaftsdomäne. Flores verfuhr auf ähnliche Weise in Ecuador. Und in ähnlicher Weise vollzog sich die staatliche Neugestaltung in ganz Lateinamerika.

Diese ersten südamerikanischen Despoten blieben verhältnismäßig lange am Ruder, weil sie noch den Vorteil der monarchischen Tradition für sich hatten. Es brauchte einige Zeit, damit die Erkenntnis reifte, daß jene auch nur auf revolutionärem Wege zur Macht gelangt und daß die Revolution überhaupt den einzigen Weg zum Regierungswechsel darstelle. Nach ihrem Fall begann sich das Rad der Revolution weit schneller zu drehen.

Auslandskapital hemmt Revolutionen.

Die wirtschaftliche Entwicklung erst war es, die seinen Lauf verlangsamte. Der Einfluß ausländischer Investitionen im Lande bewirkte es, daß sich in vielen Staaten Regierungslente und Regierungsgelung, wenn auch widerstrebend, einigten, freilich unter der Voraussetzung, daß auch die von der Staatsmacht ausgesperrten hindlichen Anteil am Profit erhalten sollten.

Wachstum von Handel und Industrie übten aber auch einen anderen Einfluß aus. Die reichi man etwa einen Eisenbahningenieur

in die feudale Gesellschaftsordnung ein? Er gehört offenbar nicht zur herrschenden Klasse, aber auch nicht zur bis aufs Blut ausgebeuteten Landbevölkerung. Für den Eisenbahningenieur, den qualifizierten Arbeiter und die Angehörigen neuer Berufsschichten ist eine verfassungsmäßige und gesicherte Regierungsform von ungleich größerer Bedeutung als für die Mitglieder der herrschenden Klasse. Der Einfluß dieser neuen Schichten macht sich im Sinne einer politischen Befestigung geltend.

Aber sie haben ihre Aufgabe eben erst in Angriff genommen. Die Philosophie, durch Revolution zum Zwecke der Ausbeutung und Bereicherung zu regieren, ist in Südamerika tief eingewurzelt. Die relative Stabilität der Nachkriegsjahre war, wie sich nun zeigt, durchaus nicht von Dauer!

Die Einwanderer.

Die Einwanderung, die in Argentinien so etwas wie einen Mittelstand geschaffen hat, brachte aber auch neue Probleme mit sich. Im Jahre 1919 vollzog sich in Buenos Aires ein kommunistischer Putsch, der erst von der Armee niedergeworfen werden konnte. Und mancher argentinischer Politiker mag damals in diesem südamerikanischen Staate, der von gewaltsamen Umwälzungen am wenigsten betroffen worden ist, auf den Gedanken gekommen sein, zu den alten Methoden der Militärdiktatur wieder zurückzukehren.

Brasilien steht beständig im Zeichen eines Gegenstandes zwischen der alten feudalistischen Gesellschaft, die in Rio de Janeiro ihr Machtzentrum hat, und der neuen, hauptsächlich aus deutschen Einwanderern zusammengesetzten Schicht in seinen südlichen Teilen. Die einen liefern die Herrscher, die anderen die Steuern.

In Peru hat Präsident Leguia nach alterproben Diktatorenrezept durch elf Jahre regiert. Seine Herrschaft schien unerschütterlich. Dennoch ist das Unvermeidliche eingetreten, und er wartet im Kerker auf den Prozeß, der den neuen Diktator rechtfertigen soll.

Paraguay, Bolivien, Ecuador, Venezuela und — mit einer oder zwei Ausnahmen — die mittelamerikanischen Republiken haben Revolutionsrekorde aufzuweisen. In diesen Staaten besteht noch angebrochen die alte koloniale Gesellschaftsordnung. Die herrschende Klasse bedrückt die Massen der Ausbeuteten noch ohne Dazwischenkunft einer Mittelschicht. Und für die herrschende Klasse bedeutet Regieren und Anteil am Regieren nichts anderes als persönliche Bereicherung. Diese Gefinnung und ständige Revolutionen sind untrennbar miteinander verknüpft. Und um wieviel mehr noch in Zeiten, wo andere Möglichkeiten, rasch reich zu werden, im Schwanden begriffen sind!

(Berechnete Uebersetzung von Leo Korten.)

Durch die Paradies-Insel

Aufzeichnungen aus Ceylon / Von Kurt Offenburg

(Schluß) Im Dorf Europa-Schund

Ich bin durch ein Dorf gegangen. Die Menschen starrten erstaunt, ungläubig; ein Weiber geht zu Fuß. Ging an den Verkaufstuden entlang, an Obst- und Fleischläden, an Kurz- und Kolonialwarenhandlungen. Uebellster Europa-Schund, der vordrang bis hierher. blieb ich stehen, die Dinge zu betrachten, musterten mich die Menschen scharf. Als ich lächelte, erwiderten manche mit einem Lächeln. Schade, ich konnte mich nicht verständigen. Mit Englisch war hier nichts zu wollen, und mein bisschen Malaiisch (für Java) nützte hier auch nichts. Vielleicht haben sie die Zuneigung gespürt.

Lange verweilte ich bei den Handwerkern an der Straße.

Ein schwächlicher zarter Singhalese — was haben die Männer meist für keine, zartnervige Hände! — nähle eifrig auf seiner Singer-Maschine. (Das Modell war mindestens 30 Jahre alt.) Schöne einfarbige Stoffe, aber auch geschmacklos buntbedruckte Kattune lagen neben ihm am Boden. Was für Kleidungsstücke er wählte, konnte ich nicht entdecken.

Wenige Häuser daneben. Bei einem zierlichen Feuer (alles ist zierlich auf dieser Insel bis auf die Elefanten, und man selbst kommt sich demnahe so plump vor wie diese Arbeitstiere) ein Schmied. Mit großer Gelassenheit hämmert er ein Metallstück zurecht. Neben dem Amboss — einem viereckigen Klötz — ein roter Lehmkrug, daraus er zuweilen trinkt.

Als „Schmied“ sieht man an diesen Häusern Plakate europäischen Ursprungs. Sie dienen als „Wilder“. Etwas ein grünes Madchengebiß, Reklame für eine Zahnpasta. Eine Kabinett mit wehendem Schleier (1903); ein Seemann, der Pfeisensalat qualmt. Eine Nähmaschine in einem knallgelben Weizenfeld; Reklame für ein Düngermittel. Ja, sogar Veldrude sind zu sehen: graulich lachhafte Motive, mindestens von 1880. Zum Glück hat die gute Sonne sie kräftig ausgebleicht.

Die westliche Zivilisation, sie kann stolz sein! Auch stolz auf ihre Exportfähigkeit, die den jämmerlichsten Vorzeilandshand bis in die Verkaufsbuden im Innersten Ceylonschaffte. Kirschweifen mit aufgedrehten Goldrosen, Teller mit farbig eingebrannten Soldaten hinter einer Kanone, oder gestunkerte Sonnenuntergänge über einem unmöglichen Fluß.

Zafforeien, Betel, Elefanten

Nunmer höher hinauf in zahllosen Windungen. Mit 30 Stundenmeilen rauf der Chauffeur in die Radellkurven. Ich brülle ihm zu, langsam zu fahren; in seinem singenden Pidgin-Englisch versichert er: „Gewiß, Herr. Aber ich guter Driver.“ Nach fünf Minuten ist's die alte Geschichte: er rauf drauf los, 40, 45, 50 Meilen. Dabei weichen die Kerle, obgleich sie wie Narren tuten, sich erst in der letzten Sekunde aus.

Hinter einer Wegbiegung eine Holzbaracken-Stellung, braunrot gestrichen, Wellblechdach. Breit über die ganze Front der vorderen Bude: „The I. Tea u. Rubber Co. of Ceylon.“ Ich lasse harkten, steige aus. Wenn möglich, muß ich den Betrieb sehen.

Es ist nicht möglich, der Manager sei nicht da, und ohne seine Erlaubnis... Ich danke und dachte: wenn ich auf Ceylon keine Zeeplantage zu sehen bekomme, dann eben auf Java.

Aber dieses sah ich doch: Kolonnen brauner Mädchen — jede einen Tragkorb auf dem Rücken — gebückt zwischen den grünen Teebstauden. Die weißen Kapitlicher, bis über die Schultern

Züchtung nikotinfreien Tabaks

Die Rolle, die das Nikotin im Leben der Tabakpflanze bis zur Ernte und dann bis zur Verarbeitung als Fertigfabrikat spielt, ist noch verhältnismäßig wenig untersucht worden. In dem Tabak-Forschungsinstitut Forchheim bei Karlsruhe hat nun Dr. Paul König an einem Material von 150 000 Pflanzen den Einfluß der Düngung, Pflege und Züchtung auf den Nikotingehalt der Tabakblätter untersucht und berichtet über seine Ergebnisse in der Frankfurter Wochenschrift „Die Umschau“.

Zunächst konnte Nikotin weder im Tabakfamen noch in den Pflanzchen bis zu vier Blättern nachgewiesen werden. Erst nach der Ausbildung des fünften Blattes löst sich die Nikotinbildung erkennen. Dann treten bei den verschiedenen Arten und Stämmen der Pflanze ganz verschiedene Nikotinbildungen auf. Doch löst sich als Gesetz aufstellen, daß die obersten Blätter in der Zeit der Reife den höchsten Nikotingehalt besitzen. Da bei den Zigaretten-tabaken die höchsten Blätter zugleich die besten sind, so sind also die vorzüglichsten Zigarettentabake auch am reichsten an Nikotin. Von der Blattreife ab verringert sich der Nikotingehalt, so daß überreife Blätter weniger Nikotin haben als eben ausgereifte. Auf Grund von etwa 4000 Nikotinuntersuchungen konnte der Forscher feststellen, daß bei den geprüften Tabaken im niedrigsten Falle so gut wie gar kein, im höchsten Falle ein Gehalt von 12 Proz. Nikotin sich ergab.

Der Nikotingehalt der grünen Tabakblätter kann nun durch besondere Behandlung der Pflanzen gesteigert und verringert werden; er nimmt zu durch eine bestimmte Art der Düngung, während er durch Engpflanzen, Beschatten und Bewässern abnimmt. Gewächshauspflanzen haben stets einen geringeren Nikotingehalt als Freilandpflanzen. In dem Forschungsinstitut wurden mehrere deutsche und ausländische Stämme von Tabakpflanzen herausgefunden, die so gut wie nikotinfrei sind, und andere, die nikotinarm sind, d. h. einen Gehalt von nicht mehr als 0,2 Proz. Nikotin haben. Auf diese Weise hat man also nikotinfreien und nikotinarmen Tabak gezüchtet, und diese Tabake behalten ihr natürliches Aroma beim Rauchen, auch ihren natürlichen Geruch und Geschmack, während diese Eigenschaften bei dem Tabak, dem das Nikotin auf chemische Weise entzogen wird, bekanntlich zu nicht geringem Teil verloren gehen.

Schützt den Maulwurf. Der Unzug des Maulwurfes findet immer wieder bereite Verteidiger, sobald die Mode der Maulwurfwurpele wieder aufzukommen pflegt. Die Folgen des Maulwurfnordes der Inflationenjahre zeigten sich namentlich in den Jahren 1924 und 1925 durch das verheerende Ueberhandnehmen der Erdschnakenlarven, der Engerlinge und Drahtwürmer auf den Wiesen, Weiden und Aekern. Durch einwandfreie Untersuchungen ist, wie die „Umschau“ berichtet, festgestellt, daß der Maulwurf tatsächlich ein eifriger Vorkämpfer der im Boden lebenden schädlichen Insektenfauna ist und deshalb weitgehend geduldet und geschützt werden sollte. Die Landesregierungen haben ihm auch bereits durch Gesetze und Verordnungen weitgehenden Schutz zugesichert. Maulwurfjäger sollten deshalb unverzüglich bei der Polizei zur Anzeige gebracht werden.

herabfallend, leuchteten zwischen dem Schwarz des glänzenden Haares — totet sah es heroor — und dem Grün der Pflanzen in einem so blendenden Weis, wie ich es nie zuvor gesehen hatte. Flint wie huschende Mäuse eilten dunkle Hände zwischen den Stauden hin, warfen in rascher Bewegung eine Handvoll Teeblätter hinter sich in die Hude, verschwanden wieder in den Ständen.

Die weißgründigen Gummibäume, die zarte Hnea, standen verlassen. Kein Arbeiter war zwischen ihnen zu sehen. Für Rubber steht der Weltmarktpreis tief, eine gewaltige Ueberproduktion heißt jetzt die Erzeugung stoppen. Systematisch stoppen, oft für Monate, um die Zufuhr auf dem Markt zu bremsen und den letztmöglichen Profit noch zu retten. Hedea: die Reichtum und Schicksal und Fluch für die Faktoreibefitzer — die Rubber Compagnies in London und Amsterdam — wurde: sie stand, Millionen Bäume unter dem hellen Himmel Ceylons. Kein Arbeiter war zwischen ihnen zu erblicken. Nur die alten Wunden der Zapfmesser waren zu sehen.

Schon in Colombo war neben vielem anderen auch dies auffällig: überall auf der Straße waren rote Flecken; bald hell, bald dunkel, als ob die halbe Bevölkerung an Nasenbluten litt. Hier in den Dörfern, durch die ich jetzt kam, wars nicht anders: auf dem weißen Staub der Dorfstraße die gleichen verdächtigen Flecke. Es ist kein geronnenes Blut. Nur der rotgefärbte Speichel der Betelkauer. Betel: überall an der Straße ist er zu haben, dieses Volksgenußmittel, das dem Araber, dem Javanen, dem Malaien den Alkohol ersetzt.

Die alte Frau mit ihrem Körbchen am Gassenrand, die kleine Ostindische auf dem Markt: überall ist das grüne Siriblatt und seine Zubehörtelle erhältlich. Komische Sache: das Blatt wird mit Kalk (jamooh, ganz ordinärem Kalk) bestrichen, dann gibts eine Arefamuh und ein Brückchen Gambir (bitterer Gerbstoff, sonst nur in der Lederindustrie verwendet); das Ganze wird in das Siriblatt eingewickelt und gekaut. Es schmeckt etwas bitter wie Pfeffer, ein wenig nach Muskat und starrt nach — Betel. Den Geschmack genau zu definieren, dafür gibts keine europäische Vergleichsmöglichkeit. Die Arefamuh ist's, die das Zahnfleisch blutrot färbt (und selbstverständlich den Speichel). Der Reichte und der Kermite, Mann und Frau, Jüngling und Greis, alle kauen sie Betel. In den Häusern wird er angeboten wie bei uns irgendeine Erfrischung als Zeichen der Gastfreundschaft.

Auf halbem Weg nach Kandh sah ich die ersten Elefanten auf Ceylon. Abseits von der Straße, aus einem Waldsicht sahoben sie sich heron wie eine geschlossene Reiterarmee. Sie wählten irgendwelche Stämme vor sich her, und ihre Bewegungen — wie sie vorwärts schritten, mit dem Rüssel die Zeit bändigten — waren bei aller Prumptheit knapp und gemessen, als arbeiteten sie nach einem besonderen Taylorplan.

Später, es war Nachmittags und schon Feierabend für Tier und Mensch, sah ich sie baden im Kelani-Fluß. In schöner Gelassenheit trieten sie auf einen leisen Ruckmannt des Führers nieder; lezten sich auf die Seite, wöhlig breit ins läßt strömende Wasser. Tausenden den Rüssel ein, pumpten ihn voll und spritzten sich das Wasser über die frei herausstehende Flanke. Die Jader, dem Strahleufer abgewandt, bänden hinter den Elefanten und gollen sich aus einem kleinen Rüssel das fließwasser über Kopf und Schulter. Als das Bad beendet war, sehten sie sich wieder auf die Tiere, und sie zogen entrückt heimwärts in der Kampung.

Arbeits-Elefanten, Arbeits-Änder: idanz zu lazer, wer von ihnen der Bescheidene, Anpruchslosere ist.